



Foto: Gordon Welters

Buchvorstellung im Haus der Bundespressekonferenz, v.li.: Moderator Ralph Bollmann, Bundesministerin Bärbel Bas und Autor Andreas Hoffmann.

Autor Andreas Hoffmann fordert Perspektivwechsel in Diskussion um alternde Gesellschaft

„Demografiedebatte ist überzogen“

Bis Juli soll die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission Reformvorschläge zur Sicherung des Lebensstandards im Alter erarbeiten. Ziel ist die Entwicklung eines stabilen und finanzierbaren Rentensystems. Inmitten der Debatte erscheint ein Buch, das einen Perspektivwechsel in der gängigen „Demografischer-Wandel-Diskussion“ nahelegt. In etlichen Bereichen decken sich die Aussagen des Autors mit den vom SoVD vertretenen Positionen.

„Die erfundene Bedrohung – wie die alternde Gesellschaft dramatisiert wird und wem das nützt“, lautet der provokante Titel der Neuerscheinung. Autor Andreas Hoffmann, profiliertes Wirtschaftsjournalist, stellte es am 9. Februar vor großem Publikum im Tageszentrum im Haus der Bundespressekonferenz vor. Zu viele Alte, zu wenige Junge, die Renten kurz vor dem Kollaps, der Generationenvertrag gescheitert? Nein, behauptet Hoffmann, und unterzieht weitverbreitete Narrative einer kritischen, oft-

mals humorvollen Prüfung. Für seine Analyse durchkämmte er Archive, wertete Statistiken aus und diskutierte mit zahlreichen Rentenexpert*innen. Sein streitbares Fazit lautet schließlich: „Die Angst vor der alternden Gesellschaft ist stark übertrieben!“ Seit über 100 Jahren werde die Mär vom demografischen Untergang erzählt; vieles daran sei reiner Mythos, so Hoffmann. Rückendeckung erhält er dabei von Bärbel Bas, der Bundesministerin für Arbeit und Soziales (SPD). Bei der Buchvor-

stellung stellte Bas fest: „Das ist eine willkommene Buchvorstellung. Es passt in die Zeit, in der eine große Rentendebatte bis zur Verabschiedung des Rentenpakets schon hinter uns liegt und wir jetzt eine Rentenkommission haben, die sich damit in der Zukunft beschäftigt.“ Das Thema betreffe Millionen von Menschen, die am Ende eines langen Arbeitslebens eine auskömmliche Rente bräuchten. Die aktuelle Rentendebatte sei von Katastrophenrhetorik geprägt, Fortsetzung auf Seite 2

Es fehlt häufig an Zuwendung

Mitglieder schildern ihre Krankenhaus-Erfahrungen
Seite 6



Monat im Zeichen der Gleichstellung

Aktionstage verdeutlichen Benachteiligung von Frauen
Seite 24



Furcht vor sozialem Abstieg

SoVD-Umfrage zeigt Ängste
Seite 8



Opfer schweigen aus Angst

Dunkelfeldstudie zu Gewalt
Seite 4



Hinweis

Liebe ehrenamtlich Aktive,
Liebe Mitglieder,

der Strategieprozess in den Jahren 2023/2024 hat die strukturelle Weiterentwicklung des SoVD in den Mittelpunkt gerückt. Ziel ist es, bundesweit sichtbar und ansprechbar zu sein!

Gemeinsam mit den Gremien unseres Verbandes befinden wir uns derzeit mitten in

den Anpassungen der geltenden Satzungen der Orts- und Kreisverbände des Bundesverbandes.

Um eine einheitliche Vorgehensweise sicherzustellen, werden daher die satzungsgemäßen Mitgliederversammlungen in den Gliederungen der rechtlich nicht selbstständigen Landesverbände ab September 2026 stattfinden können.

Bis dahin werden wir bundesseitig für die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen Sorge tragen.

Wir sagen DANKE für Ihre aktive Mitwirkung an der Weiterentwicklung unseres Verbandes, der den SoVD nach innen stärkt und nach außen noch sichtbarer macht.

Der SoVD-Vorstand

Hier befindet sich das
Adressfeld für die Etikettierung
im Einzelversand

Autor Andreas Hoffmann fordert Perspektivwechsel in Diskussion um alternde Gesellschaft

Neues SoVD-online-Format

„Demografiedebatte ist überzogen“

Fortsetzung von Seite 1

oft losgelöst von der Faktenlage. Dies belegte die Bundesarbeitsministerin mit Zahlen: „Wir haben seit der Jahrtausendwende sieben Millionen mehr Menschen, die in die Rentenkasse einzahlen. Wir haben nicht weniger Erwerbstätige als vor 20 Jahren, sondern mehr – derzeit knapp 35 Millionen.“ Und schließlich schrumpfte das Land nicht, sondern sei seit 2010 um 3,4 Millionen gewachsen, führte Bas weiter aus. Gleichzeitig betonte sie, dass es dem Autor nicht darum gehe, jeglichen Reformbedarf zu leugnen.

Das griff Hoffmann auf. Es sei wichtig, zu unterscheiden, welche Maßnahmen griffen und welche eben nicht. So stellte er mit Blick auf die „Rente mit 67“ fest: „Vom Renteneintrittsalter her gesehen hat sie wenig gebracht. Und die finanziellen Er-



Foto: Wolfgang Borrs

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier lässt sich das Buch von Autor Andreas Hoffmann signieren.

gebnisse sind sehr überschaubar, etwa 3,5 Milliarden Euro nach einer Entwicklungszeit von acht Jahren.“ Das sei ungefähr so viel, wie die Rentenversicherung in drei Tagen ausbebe. „Ich bin

nicht grundsätzlich dagegen, dass länger gearbeitet wird. Es ist eine gute Idee, sofern die Voraussetzungen stimmen. Wenn aber der finanzielle Effekt so gering ist, warum darauf her-

umreiten?“ Hart ins Gericht geht Hoffmann auch mit der kapitalgedeckten Altersvorsorge; „Trilogie des Scheiterns“, so sein Urteil, ganz abgesehen davon, dass die meisten Menschen gar nicht das Geld hätten, privat zu investieren (siehe auch Antwort 5, Interview).

Sorge bereite ihm, dass in einem Land, das Fachkräfte sucht, knapp 2,9 Millionen junge Menschen zwischen 18 und 32 Jahren ohne Ausbildung sind. „Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, sollten wir in Berufsschulen, Gymnasien und Unis investieren.“

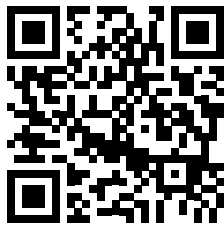
Nicht in allen Punkten entspricht der Blickwinkel Hoffmanns 1:1 der Haltung des SoVD, so auch im nachfolgenden Interview. Doch sind sie in jedem Fall geeignet, unkritisch tradierte Mythen in der Rentendebatte aufzubrechen. *Veronica Sina*

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Ergänzend zum Titel interessiert uns Ihre ganz persönliche Sicht. Wir möchten wissen: „Was kommt Ihnen in den Sinn, wenn Sie an Ihre Rente denken?“

In der Umfrage können Sie dazu Schlagworte eingeben, gerne auch mehrere nacheinander. Zudem freuen wir uns, wenn Sie uns Ihre Ansichten und Gedanken in längerer Form schicken, etwa per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zur Umfrage geht es direkt über den QR-Code oder unter: www.sovd.de/ihre-meinung.



Interview

Hoffmann fordert Stärkung der gesetzlichen Rente – kapitalgedeckte Altersvorsorge bislang „Trilogie des Scheiterns“

„Das gesetzliche Rentensystem ist stabil“

Andreas Hoffmann ist diplomierter Volkswirt und Journalist. Seine Schwerpunkte sind Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik. Aus dem politischen Berlin berichtet er seit mehr als 25 Jahren, unter anderem für die Frankfurter Rundschau, den Tagesspiegel, die Süddeutsche Zeitung und den stern. Im Interview spricht er über sein Buch.

__Sie behaupten, dass die Aussage „Es gibt zu viele Alte“ nicht neu ist. Wie kommen Sie darauf?

Wir erleben seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa, dass unsere Gesellschaft altert. Die Geburtenrate sinkt seit 150 Jahren, und das Lebensalter steigt seit 150 Jahren. Der demografische Wandel ist also nichts Neues. Doch seit 100 Jahren reden uns diverse Experten ein, dass wegen der alternden Gesellschaft der Renten-Kollaps und der Niedergang des Staates bevorstehen. Es begann bereits in der Weimarer Republik, ging weiter unter Adenauer, Kiesinger, Kohl, Schröder, Merkel bis heute, und immer hieß es: „Zu viele Alte, zu wenig Junge, das kann nicht funktionieren.“ Doch es hat funktioniert. Wir sind in all den Jahren immer reicher geworden, leisten uns größere Wohnungen, haben Autos, Internet, Smartphone und fahren oft in Urlaub.

__Wie ist das gelungen?

Wir sind produktiver geworden. Während seit 1970 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um ein knappes Drittel sank, stieg der Wohlstand; lag das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem damals bei 13.500 Euro, erreichte es im Jahr 2023 fast 90.000 Euro.

Ein Plus von über 650 Prozent. Es arbeiten auch mehr. Weil viele Menschen aus dem Ausland kamen und hier tätig sind, haben wir mehr Beitragszahler. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wuchs seit der Jahrtausendwende um gut sieben Millionen auf 35 Millionen Ende vergangenen Jahres. Das ist Rekord.

__Welches Ziel verfolgen Sie mit Ihrem Buch?

Ich schildere in meinem Buch, warum die alternde Gesellschaft nicht so schlimm ist, sondern viel besser ist, als wir glauben. Mir geht es darum, die Perspektive zu erweitern, dass der demografische Wandel nicht Untergang bedeutet. Und das versuche ich in meinem Buch unterhaltsam und tiefgründig zu schildern.

Alte Gesellschaften sind gute Gesellschaften. Sie sind klüger, ruhiger, erfahrener. Der Sozialstaat ist ausgebaut, die Verwaltung funktioniert mehr oder weniger. Die meisten Menschen leben im Wohlstand, Recht und Gesetz gelten, jedenfalls häufig. Konflikte und Kriege sind selten, die Firmen und die Wissenschaft sind innovativ und erfinderisch. Die alternde Gesellschaft ist das Beste, was uns passieren kann.

__Die Bundesregierung plant die große Rentenreform mit Priorität bis Jahresende. Die gesetzliche Rente soll dabei nur noch ein Baustein des Gesamtversorgungssystems sein.

Ich finde, die Rentenversicherung hat sich in den letzten 25 Jahren sehr gut geschlagen. Die Beschäftigten tragen heute bei der Rente niedrigere Lasten als zur Jahrtausendwende. Der Rentenbeitrag ist gesunken, von 20,3 Prozent im Jahr 1999 auf aktuell 18,6 Prozent; und dies, obwohl wir seit damals etwa drei Millionen Ruheständler mehr haben, die im Schnitt knapp fünf Jahre länger leben. Also mehr Rentner, die länger leben, und trotzdem niedrigere Beiträge – das muss uns mal jemand nachmachen. Der Staat zahlt ebenfalls nicht mehr, relativ gesehen: Der Bundesfinanzminister überwies damals wie heute etwa ein Viertel seines Etats an die Rentenkasse. Das ist ein Riesenerfolg, den kaum jemand feiert. Die Regierung sollte die Rente nicht schwächen, sondern stärken.

__Was halten Sie von der kapitalgedeckten Altersvorsorge?

Ich bin ein großer Anhänger von Fußballwahrheiten. Meine schönste lautet: „Die Wahrheit ist

auf dem Platz.“ Wenn wir uns die „Wahrheit“ der privaten Altersvorsorge anschauen, sieht die Bilanz nicht gut aus. In den letzten 25 Jahren gab es drei Reformen, die Riesterrente, die Rürup-Rente und den Pflege-Bahr. Allesamt Flops. Die Riester-Rente glich die Einschnitte bei der gesetzlichen Rente nicht aus, die Rürup-Rente taugt laut Verbraucherschützern häufig nicht als Alternative zur gesetzlichen Rente für Selbstständige und der Pflege-Bahr, als Absicherung für den Pflegefall, nützt ebenfalls wenig. Eine Trilogie des Scheiterns. Dass ein vierter Versuch besser wird, ist nicht zu erwarten. Wer es kann, sollte für das Alter sparen, aber vielen Menschen fehlt schlicht das Geld, und die staatliche Förderung hat wenig gebracht.

__Wir vertreten als Verband die Position, dass die gesetzliche Rente die bessere Rente ist. Wie finden Sie das?

Die gesetzliche Rente hat unter anderem die Einheit gut bewältigt, sodass Ostdeutsche heute eine viel höhere Rente als früher haben. Sie hat diverse Krisen überstanden, wie die Finanzkrise, die Euro-Krise, die hohe Zuwanderung nach dem Syrien-Krieg, die Corona-Pandemie und den Ukrainekrieg;



Foto: Wolfgang Borrs

Andreas Hoffmann

sie brauchte während der Finanzkrise kein Extra-Geld, anders als Banken und Versicherer, die der Staat damals mit Hunderten Milliarden Euro vor dem Bankrott retten musste, andernfalls hätten sich vermutlich viele Vorsorgeprodukte in Luft aufgelöst. In all den Jahren ist das Land noch kräftig gealtert. Und die Rentenversicherung? Sie ging nicht unter, sondern zahlte für Millionen die Rente, Monat für Monat. Und senkte den Beitrag. Doch diese Erfolge zählen nicht, stattdessen reden sogenannte Experten die Rente kaputt. Das ist nicht fair.

Interview: Veronica Sina

Andreas Hoffmann: Die erfundene Bedrohung. Wie die alternde Gesellschaft dramatisiert wird und wem das nutzt. Goldegg Verlag, 240 Seiten, ISBN: 978-3-99060-493-9, 23,50 Euro.

Gesetzlich Versicherte stehen möglicherweise vor Leistungseinschränkungen

Wie gesund sind Einsparungen?

Wie lässt sich das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den Griff kriegen? Darüber berät seit Monaten eine aus diversen Fachleuten bestehende Kommission. Ende März nun soll sie erste Ergebnisse vorlegen. Angesichts einer fehlenden Milliardensumme drohen radikale Sparvorschläge, bei denen auch eine Kürzung bestehender GKV-Leistungen nicht ausgeschlossen ist.

Die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) eingesetzte Kommission muss kurzfristig Löcher stopfen und das System dauerhaft konsolidieren. Hilfreich wären dafür, einfach formuliert, zwei Dinge: mehr Einnahmen und weniger Ausgaben.

Ungesund zu leben könnte teurer werden

Damit mehr Geld ins System fließt, käme die vom SoVD seit Langem geforderte Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in Betracht. Davon unabhängig fand zuletzt die Idee größeren Anklang, höhere Steuern auf Tabak und Alkohol sowie eine Abgabe auf Getränke mit hohem Zuckeranteil zu erheben. Neben dem Aspekt der Prävention könnten die dadurch erzielten (Mehr-)Einnahmen dem Gesundheitssystem direkt zugutekommen.

Diskussion über Leistungen führt zu Verunsicherung

Was die Ausgabenseite betrifft, verbreiteten Diskussionen über Krankheitstage oder die Herausnahme von Kosten



Foto: Kzenon/Adobe Stock

Dass Versicherte aus Kostengründen möglicherweise auf einzelne Leistungen verzichten müssen, empfindet der SoVD als ungerecht.

der Zahnbehandlung aus dem GKV-Katalog zuletzt Unruhe. In welchem Umfang die Kommission Einschränkungen von Leistungen vorschlagen wird, bleibt weiter offen.

Dagegen signalisierte die CDU nun Zustimmung in einem anderen zentralen Punkt: Man könne sich vorstellen, die Kosten für die in der GKV mitversicherten Empfänger*innen von Bürgergeld künftig aus Steuermitteln zu finanzieren. Die Versicherten

würde das um rund elf Milliarden Euro entlasten.

Da der SoVD vom Bund seit Jahren die Übernahme versicherungsfremder Leistungen fordert, wäre das für den Verband also ein großer Erfolg. Doch noch ist nichts entschieden. Denn in dem von der SPD geführten Finanzministerium weiß bisher niemand, woher die für einen derartigen Haushaltsposten benötigten Milliarden kommen sollen. *jos*

Falsche Abrechnungen zu Lasten Pflegebedürftiger

Zunehmender Schwindel beim Entlastungsbetrag

Für eine Hilfe im Haushalt oder beim Einkaufen steht ab dem Pflegegrad 1 der sogenannte Entlastungsbetrag zur Verfügung. Die Verbraucherzentrale Berlin warnt, dass unseriöse Firmen immer häufiger Leistungen abrechnen, die es nie gegeben hat.

Wollen Pflegebedürftige den Entlastungsbetrag in Höhe von monatlich 131 Euro verwenden, können sie das Geld zunächst auslegen und sich im Anschluss erstatten lassen. Alternativ können sie Anbietern über eine sogenannte Abtretungserklärung auch erlauben, die Kosten direkt mit der Pflegekasse abzurechnen. Und ebendieses Vertrauen nutzen Betrüger*innen aus. Dass etwas nicht stimmt, merken Betroffene meist erst, wenn sie sich eine andere Leistung erstatten lassen wollen und dabei erfahren, dass ihr Entlastungsguthaben unerklärlicherweise aufgebraucht ist.

Daher rät die Berliner Verbraucherzentrale dazu, das eigene Budget stets im Auge zu behalten und im Zweifel bei der Pflegekasse nachzufragen. Um einen besseren Überblick zu behalten, könne es zudem sinnvoll sein, sich für die Variante der Kosten-erstattung zu entscheiden.

Zudem empfiehlt es sich schon im Vorfeld, bei der Auswahl von Dienstleistern etwas genauer hinzuschauen. Denn diese sollten unbedingt nach dem jeweiligen Landesrecht anerkannt sein. Einen Überblick bietet unter anderem das Internetportal www.pflegelotse.de des Verbandes der Ersatzkassen (vdek). Wer dagegen bereits einen konkreten Betrugsverdacht hegt, sollte in jedem Fall die Pflegekasse informieren und gegebenenfalls auch die Polizei einschalten. *jos*



Foto: Marina Demidiuk/Adobe Stock

Auch beim Entlastungsbetrag gilt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Vereinfachungen, mehr Tempo und Zusammenarbeit von Behörden – SoVD begrüßt stabiles Schutzniveau

Sozialstaatskommission präsentiert Ideen

Der Sozialstaat steht unter Druck. Eine Kommission hat jetzt Ideen vorgelegt, wie er zukunftsfähig aufgestellt werden kann. Für die Menschen soll es unter anderem einfacher werden, Leistungen zu beantragen. Ein weiteres Ziel ist es, das Verhältnis von Erwerbsarbeit und ergänzenden Sozialleistungen besser zu regeln. Für den SoVD ist wichtig, dass Betroffene keine Verschlechterungen erfahren.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Sozialstaatskommission stellte Ende Januar ihre Reformvorschläge vor. Sie skizziert in 26 Empfehlungen, wie steuerfinanzierte Sozialleistungen moderner, digitaler und weniger bürokratisch werden können. Das aktuelle Schutzniveau will sie dabei, wie auch vom SoVD gefordert, wahren. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier begrüßte diesen Aspekt und stellte fest: „Für uns war immer klar: Der Bericht der Sozialstaatskommission darf nicht zum Einfallstor für Leistungskürzungen im Sozialstaat werden.“

Einige der Vorschläge würden den Zugang zu Sozialleistungen vereinfachen und den Umgang mit Behörden erleichtern. Für Grundsicherung, Kinderzuschlag und Wohngeld ist künftig die Zusammenführung

in einem einheitlichen System vorgesehen. Zudem schlägt die Kommission eine klare Zuständigkeitsaufteilung vor: Für erwerbsfähige Menschen blieben dann die Jobcenter verantwortlich, für nicht erwerbsfähige Personen die Kommunen beziehungsweise die Sozialämter.

Sozialleistungen soll man über ein zentrales Online-Portal beantragen können. Die notwendigen Daten würden die Behörden im Hintergrund austauschen, sodass Bürger*innen ihre Angaben nur einmal machen müssen. Aus Sicht des SoVD kann eine solche Vereinfachung vielen helfen. In den Beratungsstellen des Verbandes zeigt sich immer wieder, dass Betroffene ihre Ansprüche nicht kennen und Leistungen deshalb nicht beantragen.

Ein weiterer Vorschlag zielt auf die Stärkung von Erwerbsan-

reizen. Derzeit lohnt sich eine Ausweitung der Arbeitszeit für viele Leistungsbeziehende kaum, da Kürzungen bei Grundsicherung oder Wohngeld zusätzliche Einkommen häufig aufzehren. Die Kommission empfiehlt deshalb, die sogenannten Transferentzugsraten zu senken. Insbesondere bei Vollzeit- oder vollzeithäufiger Beschäftigung solle weniger Einkommen auf Sozialleistungen angerechnet werden.

Einige Aspekte im Bericht der Kommission sieht der SoVD jedoch kritisch. Dazu zählt, dass sie darin Eingliederungshilfe, Hilfen zur Pflege und Kinder- und Jugendhilfe vor allem als Kostentreiber für die Kommunen beschreibt – obwohl die Reform der Eingliederungshilfe explizit nicht Gegenstand dieser Sozialstaatskommission sein sollte.



Foto: slexp880/Adobe Stock

Weniger Papierkram für Bürger*innen und in den Behörden: Auch das ist ein Ziel der Vorschläge der Sozialstaatskommission.

Mit Sorge sieht der Verband, dass laut den Vorschlägen beim Bürgergeld weniger Zuverdienst anrechnungsfrei bliebe. Die aktuelle Grenze von 100 Euro im Monat soll auf 50 Euro sinken. Der SoVD befürchtet dadurch eine Schlechterstellung von Menschen, die nicht im großen Umfang erwerbstätig sein können – etwa wegen Care-Ar-

beit, der Pflege von Angehörigen oder einer Erkrankung.

Die Kommission rät, die Reformen schnell anzugehen, um einige Vorschläge bereits 2027 umzusetzen. Der SoVD wird die geplanten Maßnahmen genau unter die Lupe nehmen und sie daran messen, ob sie tatsächlich Erleichterungen für die Menschen bringen. *str*

Nachruf

Der SoVD trauert um seinen ehemaligen langjährigen Bundesgeschäftsführer,

Oberstleutnant
Alexander Schilg,

der am 18. Januar im Alter von 84 Jahren verstorben ist.

Alexander Schilg führte den SoVD-Bundesverband von Februar 1992 bis Ende 2007. In den 16 Jahren an der Spitze der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, heute Erich-Kuttner-Haus, erfreute er sich bei den hauptamtlich Mitarbeitenden und bei den ehrenamtlichen Gremienvertreter*innen im damaligen Präsidium und Bundesvorstand großer Beliebtheit.

Von beidseitigem Vertrauen und Verlass getragen, wirkte Schilg maßgeblich mit, dass sich der vormalige Reichsbund vom klassischen Kriegsopferverband zu einem Sozialverband entwickelte, der heute große Gruppen benachteiligter Menschen vertritt. Die gute Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt bei der Interessenvertretung lag ihm dabei besonders am Herzen.

Mit glücklicher Hand begleitete Schilg auch den Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. 2003 leitete er den reibungslosen Umzug von Bonn in die Hauptstadt. Ihm ist es zu verdanken, dass der Wechsel des Bundessitzes sozialverträglich gestaltet werden konnte. Im Januar 2008 verabschiedete sich Schilg in den Ruhestand. Dem SoVD blieb er in Freundschaft verbunden.

Das tiefe Mitgefühl des SoVD-Bundesverbandes gilt seiner Frau Uta und seinen Kindern. Der SoVD wird Alexander Schilg ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.

**Im Namen der gesamten Bundesgeschäftsstelle
die Vorständinnen Michaela Engelmeier und Sandra Fehlberg
sowie die Mitglieder von Verbandsrat und Bundeskonferenz**



Laut Bundesregierung bremst hohe Teilzeitquote wirtschaftliches Wachstum aus

Frauen ohne Lust auf Arbeit?

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist angespannt, nahezu überall fehlt es an Fachkräften. Aus der Politik werden Forderungen laut, dass mehr Menschen aus Teil- in Vollzeit wechseln sollten. Aber lässt sich das Problem dadurch wirklich lösen oder handelt es sich eher um einen „Sozialmythos“?

Schon im Vorfeld des CDU-Bundesparteitages sorgte im Februar ein Antrag für Wirbel. Unter der Überschrift „Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit“ wollte der Wirtschaftsflügel der Partei den bestehenden Rechtsanspruch einschränken.

Für mehr Vollzeitarbeit sprach sich auch Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) aus. Dabei wies Reiche auf notwendige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hin. Und das hat einen Grund: Teilzeit ist bei berufstätigen Müttern die Regel, bei Vätern dagegen die Ausnahme.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind aber auch unabhängig von der Existenz von Kindern eindeutig. Aktuell arbeitet etwa jede zweite Frau in Teilzeit, bei den Männern gilt das für jeden achten. Stunden dem Arbeitsmarkt durch die Abschaffung des Rechtsanspruches auf Teilzeit also mehr weibliche Fachkräfte zur Verfügung?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hält



Foto: dsheremeta / Adobe Stock

Kinder, Küche, Teilzeitjob: Frauen arbeiten nicht zu wenig – sie werden für einen Großteil ihrer Aufgaben schlicht nicht bezahlt.

das für unwahrscheinlich. Die Expert*innen des DIW verweisen auf ein Steuersystem, das falsche Anreize setze. Es belohne vor allem die Konstellation, in der eine Person in Vollzeit und die andere – hierbei handelt es sich fast immer um eine Frau – in einem Minijob arbeite. Wolle man finanzielle Anreize für eine Mehrarbeit von verheirateten Frauen schaffen, so das DIW,

müssten politische Reformen beim Ehegattensplitting und bei den Minijobs ansetzen.

Es handelt sich also um einen Mythos, dass allein die Abkehr von der Teilzeit Probleme löst. Frauen haben meist nicht nur einen bezahlten Job. Sie übernehmen zusätzliche Aufgaben in der Familie und ermöglichen gerade dadurch ihren Partnern eine Arbeit in Vollzeit. jos

Nachruf

Der Sozialverband Deutschland trauert um

Richard Dörzapf,

der im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Über Jahrzehnte hinweg prägte Dörzapf den SoVD maßgeblich auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene. Mit großem persönlichem Einsatz und Nachdruck trat er für soziale Gerechtigkeit und die Interessen benachteiligter Menschen ein.

Von 1992 bis 2019 war Dörzapf Ortsvorsitzender in Rülzheim, Kreisvorsitzender in Germersheim sowie von 2000 bis 2019 Landesvorsitzender des SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland. Während dieser Zeit gehörte er auch dem SoVD-Bundesvorstand an. Lange Jahre war Dörzapf zudem ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht in Mainz.

Für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement wurde er unter anderem mit der Landesehrennadel und dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet und zum Ehrenbürger seiner Heimatgemeinde ernannt.

Mit Richard Dörzapf verliert der SoVD einen hochgeschätzten Mitstreiter, der dem Verband über viele Jahre hinweg Gesicht, Stimme und Haltung gegeben hat. Sein Wirken bleibt unvergessen.

**Die SoVD-Vorständinnen
sowie die Mitglieder von SoVD-Verbandsrat
und SoVD-Bundeskonferenz**



Bundesregierung veröffentlicht sogenannte Dunkelfeldstudie zum Thema Gewalt

Opfer schweigen aus Angst

Im Februar legte die Bundesregierung erstmalig eine umfassende Dunkelfeldstudie zu Betroffenen von Gewalt in Familie, Partnerschaft und im öffentlichen Raum vor. Dunkelfeldstudien versuchen, das tatsächliche Ausmaß von Kriminalität aufzudecken, da Betroffene nicht in jedem Fall die Polizei einschalten. Vor allem Frauen schweigen oftmals aus Scham oder aus Angst vor ihrem (Ex-)Partner.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) stellten die Ergebnisse der Studie gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, vor. Mit der maßgeblich vom BKA betreuten Untersuchung erfüllt Deutschland nicht zuletzt eine Verpflichtung aus der Istanbul-Konvention zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen. Gleichzeitig nimmt die Untersuchung aber auch andere Betroffene in den Blick.

Ebenso erschreckend wie erschütternd sind vor allem die Zahlen zu sexuellen Übergriffen. Die Anzeigequote weiblicher Opfer liegt bei diesen Taten, zu denen Vergewaltigungen und andere nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen zählen, demnach bei drei Prozent. Zur Verdeutlichung: Das bedeutet, dass die Täter in 97 Prozent der Fälle weder angeklagt noch bestraft werden.



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Kommt es in Ehe oder Partnerschaft zu Gewalt, spielen häufig auch finanzielle Abhängigkeiten eine entscheidende Rolle.

Um Frauen künftig besser vor gewalttätigen Ex-Partnern zu schützen, beschloss das Bundeskabinett bereits im November, dass Familiengerichte die Täter künftig zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verpflichten können. Nähert sich der Täter, wird das Opfer über

ein Empfangsgerät gewarnt und kann sich gegebenenfalls rechtzeitig in Sicherheit bringen oder Unterstützung suchen. Auch die Polizei soll dann automatisch alarmiert werden. Demnächst steht die erste Beratung zu dem Vorhaben im Bundestag an. jos/dpa

Erst zum Hausarzt, dann zu Spezialist*innen: Ausbau der Primärversorgung geplant

Gespräche zum Hausarztmodell

Die Bundesregierung will Patient*innen besser steuern. Diese sollen künftig ihren Fall erst in der Hausarztpraxis abklären und von dort an Facharzt*innen weiter verwiesen werden. Der SoVD sieht darin Vorteile, weist jedoch darauf hin, dass schon heute 5.000 Hausarzt*innensitze unbesetzt sind.

Gesetzlich Versicherte müssen häufig lange auf einen Termin in der fachärztlichen Praxis, etwa bei Orthopäd*innen oder Hautarzt*innen, warten. Zugleich wird Patient*innen von Politik und aus dem Gesundheitswesen vorgeworfen, häufig ohne Anlass zu Facharzt*innen zu gehen und so die Kapazitäten zu verknappen.

Die Bundesregierung möchte ein Modell für eine gezieltere Patient*innensteuerung entwickeln. Dabei soll Grundlage sein: in der Regel erst einmal in die Hausarztpraxis. Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) veranstaltete dazu Ende Januar einen Auftaktdialog mit Akteur*innen, die von Vertretenden der Ärzteschaft bis zu den Krankenkassen reichten.

Effizienter durch weniger Mehrfachuntersuchungen

Union und SPD haben im Koalitionsvertrag ein verbindliches Primärversorgungssystem beschlossen. Patient*innen sollen grundsätzlich zuerst zu ihren Hausarzt*innen gehen und dort – sofern nötig – eine Überweisung zu Spezialist*innen erhalten. Dieser Termin soll innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes liegen. Klappt das nicht in einer Praxis, soll man auch zu Facharzt*innen in eine Klinik gehen können. Das soll eine „Termingarantie“ sicherstellen. Ziel ist eine effizientere Versorgung, bei der unnötige Mehrfachuntersuchungen wegfallen.



Foto: fizkes / Adobe Stock

Hausarzt*innen sollen zukünftig eine Lotsenfunktion übernehmen und als erste Anlaufstelle für Patient*innen dienen.

Die konkrete Ausgestaltung des Systems ist noch offen und soll im Dialog präzisiert werden. Bei Kindern sollen Kinderarzt*innen als erste Anlaufstelle fungieren. Der Koalitionsvertrag sieht zudem vor, Termine bei Frauen- und Augenarzt*innen vom Erst-zum-Hausarzt-Prinzip auszunehmen. Für Patient*innen mit bestimmten schweren chronischen Erkrankungen sollen „geeignete Lösungen“ kommen – beispielsweise in Form von Jahresüberweisungen oder indem ein*e Fachinternist*in die primärärztliche Steuerung übernimmt. .

SoVD für barrierefreie und bedarfsgerechte Versorgung

Aus Sicht des SoVD kann ein gut strukturiertes Primärarzt*innenmodell vie-

len Patient*innen Vorteile bieten. In der teils unübersichtlichen Gesundheitsversorgung in Deutschland könnten Hausarzt*innen als erste Ansprechpartner*innen eine Lotsenfunktion übernehmen und Patient*innen dabei unterstützen, zur richtigen Versorgungsebene zu gelangen.

Der SoVD setzt sich für eine bedarfsgerechte und barrierefreie Primärversorgung ein. Dabei sollten praxisnahe Ausnahmen für chronisch Erkrankte möglich sein. Bei den Diskussionen rund um die Primärversorgung gibt der SoVD zu bedenken, dass bei Haus- und Kinderarzt*innen schon heute Kapazitäten fehlen. Der Verband wird die weitere Diskussion um das Modell intensiv verfolgen. Sebastian Triesch

Fachärztliche Behandlung erst nach sechs Wochen

Gesetzlich Versicherte müssen länger warten

Um ein spezielles Anliegen behandeln zu lassen, müssen Versicherte im Durchschnitt sechs Wochen auf einen Termin warten. Die Gesundheitsministerin erkennt das Problem an; Abhilfe soll die Stärkung des Hausarztmodells bringen.

Patient*innen müssen immer länger auf einen Termin in der Facharztpraxis warten. Die Wartezeiten sind nach aktuellen Zahlen auf sechs Wochen im Schnitt angestiegen. Wie aus einer Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Linken-Anfrage hervorgeht, betrug bei gesetzlich Versicherten, die mindestens einen Tag auf einen Facharzttermin gewartet haben, die Wartezeit 2024 durchschnittlich 42 Tage. 2019 waren es erst 33 Tage. Zählt man Patient*innen dazu, die gleich am selben Tag einen Termin erhielten, waren im Schnitt trotzdem 36 Tage zu warten.

Eigentlich sollte der Trend in die andere Richtung weisen, und die Politik hatte als Gesetzgeber immer wieder Verbesserungen versprochen. Das 2019 eingeführte Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) sollte lange Wartezeiten reduzieren. Im Zuge dessen sind die jährlichen Kassen-Mehrausgaben für offene fachärztliche Sprechstunden ohne Termin gestiegen – von rund 291 Millionen Euro 2020 auf rund 814 Millionen 2023.

Eine Verbesserung für die gesetzlich Versicherten ist jedoch nicht eingetreten. Konfrontiert mit den aktuellen Zahlen räumte die Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) ein: „Die Schaffung von Anreizen für schnellere Facharzttermine – etwa aus der vergangenen Legislaturperiode – haben offenkundig nicht zu nachhaltigen Verbesserungen geführt.“ Die Politik wolle neue Impulse für mehr Navigation und Steuerung geben. Denn: „Wartezeiten auf einen Facharzttermin sind für zu viele Versicherte ein Problem“, erkennt sie an.

Was bisher nicht geklappt hat, soll nun durch eine Stärkung des Hausarztmodells (siehe nebenstehender Artikel) glücken. Der SoVD setzt sich für ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem und ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin ein, bei der die gesetzlich Versicherten zu oft das Nachsehen haben. str



Foto: Tj / Adobe Stock

Nächster freier Termin erst in einigen Wochen? In der Facharztpraxis keine Seltenheit.

SoVD im Gespräch

Arbeit und Themen des DBR für 2026

Der Arbeitsausschuss des Deutschen Behindertenrates (DBR) kam am 28. Januar zur ersten Jahressitzung in Berlin zusammen: im Erich-Kuttner-Haus, der Bundesgeschäftsstelle des SoVD. Zu Gast waren André Necke, Leiter des Arbeitsstabes des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, und Klaus Lachwitz, Mitglied des EDF Executive Committee.

National befasste sich der Ausschuss mit dem Gesetzgebungsverfahren zum Behinderten-

gleichstellungsgesetz, Fragen der Triage und der Möglichkeit einer bundesgesetzlichen Regelung ohne Grundgesetzänderung sowie mit dem Dialogprozess zur Eingliederungshilfe.

Auf europäischer Ebene ging es um die Nominierung von Delegierten und um mögliche Kandidat*innen für die Wahlen zu den Leitungsgremien des European Disability Forum (EDF).

Innenminister Dobrindt zur Sozialpolitik

Am 11. Februar empfing der Bundesminister des Innern, Alexander Dobrindt (CSU), die

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier im Ministerium. Seitens des SoVD mit dabei war Fabian Müller-Zetzsche, Leiter der Abteilung Sozialpolitik des Bundesverbandes.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Bedeutung starker sozialer Sicherungssysteme für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Umgang mit demokratiefeindlichen Akteur*innen und die just vom Kabinett beschlossene Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). Sie soll Barrierefreiheit und Inklusion voranbringen. Von dem Gesetzentwurf ist der SoVD enttäuscht. Für Millionen Menschen wären greifbare Verbesserungen nötig, vor allem verbindliche Regelungen für private Unternehmen.



Foto: SoVD

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU, re.) hatte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (Mitte) und den Leiter der Abteilung Sozialpolitik des SoVD-Bundesverbandes, Fabian Müller-Zetzsche (li.), zum Gespräch ins Bundesministerium des Innern eingeladen. Bei dem Austausch ging es vor allem um die Themen soziale Sicherheit und Inklusion.



Grafik: Daniel Berkmann / Adobe Stock
Zu bestimmten Themen ist Ihre Meinung gefragt.

Umfrage in „Soziales im Blick“

Wurden Sie gut behandelt?

Zahlreiche SoVD-Mitglieder nahmen im Februar wieder an einer kurzen Umfrage teil. Bei dieser schilderten sie Erfahrungen, die sie mit dem Krankenhaus in ihrer Region gemacht hatten.

Hielten sich die Antworten hinsichtlich einer guten oder schlechten medizinischen Behandlung in etwa die Waage, fühlte sich eine leichte Mehrheit während des stationären Aufenthaltes insgesamt nicht gut betreut (siehe auch rechts).

Recht deutlich fiel dagegen die Einschätzung aus, ob man auf die regionale Klinik im Zweifel verzichten könnte. Nur etwa jede*r fünfte Befragte stimmte dieser Aussage zu.

Eine aktuelle Befragung zum Thema Rente finden Sie auf Seite 2 in dieser Ausgabe, alle weiteren Informationen im Internet unter: www.sovd.de/ihre-meinung.

Behandlung im Krankenhaus – zahlreiche SoVD-Mitglieder schildern ihre Erfahrungen

„Es fehlt an Empathie und Zuwendung“

Unter der Überschrift „Was wird aus der Klinikreform?“ berichtete die SoVD-Zeitung im Februar über den Umbau der Krankenhauslandschaft. Dem Aufruf, eigene Erlebnisse im Zusammenhang mit einer stationären Behandlung zu schildern, folgten viele Leser*innen. Allein aus Platzgründen lassen sich hier nicht alle Schilderungen abdrucken. Einige der Zuschriften finden Sie daher in besonders prägnanten Auszügen auf dieser Seite sowie in voller Länge online unter: www.sovd.de/ihre-meinung.

Für Marianne Burtzlaff geht es nicht nur um medizinische Aspekte, sondern auch um Empathie und gegenseitigen Respekt: „Aus meiner persönlichen Erfahrung als Patientin möchte ich darauf hinweisen, dass ein wesentlicher Aspekt von Qualität unbeachtet bleibt: der Umgang mit den Menschen, um die es in Krankenhäusern geht.“

Fachlich war meine Behandlung korrekt, die Klinik ist für ihre medizinische Leistung bekannt. Was jedoch fehlte, war Zuwendung. Pflegekräfte und Ärzte agierten stark arbeitsteilig, routiniert und distanziert. Gespräche fanden kaum statt, Blickkontakt selten. (...) Der Eindruck eines hochfunktionalen, aber emotional entkoppelten Systems blieb zurück.“

Strukturen sind teilweise schwer durchschaubar

Auch René Koch las den Bericht in der SoVD-Zeitung sehr aufmerksam. Im thüringischen Saale-Holzland-Kreis engagiert sich Koch im Seniorenbeirat der Stadt. Er weist auf

regionale Herausforderungen hin: „Wir suchen seit mehreren Monaten eine Nachbesetzung für den HNO-Arzt, was die Versorgungslücke spürbar macht. Auch in anderen Bereichen wie Dermatologie, Physiotherapie und Podologie besteht deutlicher Bedarf. (...)“

Die Krankenhäuser leisten gute Arbeit. Die Strukturen dahinter sind jedoch oft schwer

durchschaubar. Mein Eindruck ist, dass finanzielle Abläufe nicht transparent sind.“

Veraltete Strukturen, unterbezahltes Personal

Vielleicht besonders brisant sind in diesem Zusammenhang die Schilderungen von der Krankenschwester Martina Kränich (Name von der Redaktion geändert): „Ich arbeite im Kran-

kenhaus und die Situation ist schlimm. Bei 50 Patienten sind drei examinierte Pflegekräfte, wovon zwei der deutschen Sprache nicht mächtig sind und kein medizinisches Wissen haben. (...)“

Die Pflegekräfte arbeiten bis zu acht Tage durch und haben noch einen Nebenjob, um über die Runden zu kommen. Wir haben ‚Dauerlieger‘, die wegen Versorgungsproblemen stationär liegen. Es ist kein Akutkrankenhaus mehr, sondern gleicht einem Altenheim. Die ganze Struktur ist so veraltet. Die Pflege ist absolut unterbezahlt, und es gibt keinen Nachwuchs mehr.“

Eine Anmerkung: Die hier von SoVD-Mitgliedern geschilderten Zustände sind teilweise gravierend. Sie zeigen auf, wo etwas nicht funktioniert. Diese Beschreibungen sind jedoch nicht repräsentativ für alle deutschen Krankenhäuser. Im Gesundheitssystem arbeiten viele Menschen, die jeden Tag ihr Bestes geben, um Patient*innen gut zu versorgen. Ihre Leistung gilt es gerade angesichts der vielen Schwachstellen zu würdigen. jos



Foto: Mat Hayward / Adobe Stock

Sind die Pflegekräfte und das ärztliche Personal überlastet, bleibt für Gespräche mit Patient*innen immer weniger Zeit.

Über eine Million Menschen erhalten Leistung

Grundrentenzuschlag im Durchschnitt bei 97 Euro

Die Grundrente ist für Menschen gedacht, die etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit, Kindererziehungszeiten oder der Pflege von Angehörigen nur eine niedrige Rente bekommen. Eine Untersuchung ergründet, wer sie bekommt und wie hoch sie ausfällt.

Seit fünf Jahren gibt es in Deutschland den Grundrentenzuschlag zusätzlich zur gesetzlichen Rente. Diesen erhalten Rentner*innen mit mindestens 33 Jahren an Pflichtbeitragszeiten, die trotz langjähriger Arbeit nur geringe Rentenansprüche erworben haben.

Laut einer Untersuchung der Universität Regensburg für das Jahr 2023 erhielten 1,27 Millionen Menschen den Zuschlag, das entspricht 6,21 Prozent aller Altersrentner*innen. Die durchschnittliche Höhe lag bei 97 Euro im Monat. Bei Frauen war der Zuschlag größer als bei Männern und in den alten Bundesländern höher als in den neuen.

Insgesamt erhalten mehr Frauen als Männer die Leistung. Gründe für den Zuschlag sind vor allem brüchige Erwerbsbiografien mit Phasen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern sowie längere Kindererziehungszeiten von Müttern in der alten Bundesrepublik.



Foto: Peter Maszlen / Adobe Stock

Vor allem bei Frauen steigt die Altersrente durch den Grundrentenzuschlag.

ZDF-Reportagereihe widmet sich den Abläufen einer Landklinik in Brandenburg

Anlaufstelle in der Region

Das Krankenhaus in Wriezen liegt nahe der polnischen Grenze. Mit enormem Einsatz ringen die Mitarbeitenden hier nicht nur um die Leben der Patient*innen, sondern auch um das Bestehen ihrer Klinik. Ein Jahr lang begleitete die Reportagereihe „37 Grad“ den Alltag in dieser Landklinik.

Anders als in Großstädten folgt die Medizin auf dem Land oftmals eigenen Regeln: Manche Patient*innen müssen für ihre Behandlung lange Wege in Kauf nehmen. Dasselbe gilt für das Notarztteam und den Rettungsdienst. Längst schon sind in Wriezen nicht mehr alle Eingriffe möglich. Doch das ist nicht das größte Problem.

In der schlecht angebundenen Klinik in Brandenburg herrscht große Personalnot. Zudem sind – wie derzeit fast überall – die Finanzen knapp, das Einzugsgebiet riesig und die Bevölkerung alt. Darüber hinaus sorgen steigende Kosten und massive Sparvorgaben für Umstrukturierungsdruck.

Geschäftsführerin Katja Thielemann kämpft mit aller Kraft darum, die Klinik zukunftssicher zu machen. Sie steht vor der gigantischen Herausforderung, die beschlossene Krankenhausreform umzusetzen. Kann sie diese Aufgabe bewältigen?

Janina Buhe machte ihre Ausbildung in Wriezen und arbeitet jetzt dort in der Rettungsstelle. Ihre Region zu verlassen ist für die 24-Jährige keine Option.

Die zweiteilige „37 Grad“-Reportage zeigt eine Klinik, die funktioniert, weil Menschen bereit sind, über ihre Grenzen zu

gehen. Sie erzählt von Teamgeist, Nähe und Verantwortungsgefühl in dramatischen Zeiten.

„Die Landklinik: Retter in der Provinz“ läuft am 3. März um 22.15 Uhr im ZDF; „Die Landklinik: Patient Krankenhaus“ folgt am 10. März um 22.15 Uhr. jos



Foto: Andreas Pein / ZDF

Gekommen, um zu bleiben: Krankenpflegerin Janina Buhe macht ihren Job in der Notaufnahme aus Überzeugung.

Verhinderungspflege: Kasse übernimmt Kosten bis zum Ablauf des Folgejahres

Erstattung zeitnah beantragen

Damit die Pflegekasse Ausgaben im Bereich der Verhinderungspflege übernimmt, sollte man geltende Fristen einhalten. Darauf weist die Bundesrechtsabteilung des SoVD hin. Anträge auf Kostenerstattung müssen der Kasse demnach bis zum Ablauf des auf die Leistung folgenden Kalenderjahres vorliegen.

Wer sich als Privatperson um einen anderen Menschen kümmert, kann dies schon mit Blick auf die eigene Gesundheit nicht durchgängig tun. Im Fall von Urlaub oder Krankheit übernimmt daher die Pflegeversicherung die nachgewiesenen Kosten einer notwendigen Ersatzpflege. Diese sogenannte Verhinderungspflege greift ab Pflegegrad 2 und gilt für bis zu acht Wochen pro Kalenderjahr. Gemeinsam mit der Kurzzeitpflege steht hierfür ein Jahresbetrag von insgesamt bis zu 3.539 Euro zur Verfügung.

Damit die Pflegeversicherung die Kosten auch tatsächlich übernimmt, müssen Betroffene deren Erstattung jedoch rechtzeitig beantragen. Als Frist gilt der Ablauf des Kalenderjahres, das auf die Durchführung der Ersatzpflege folgt. Nimmt man die



Foto: Seventyfour / Adobe Stock

Um pflegende Angehörige zu entlasten, können die von ihnen betreuten Menschen zeitweise in einer Einrichtung unterkommen.

Leistung zum Beispiel im Mai 2026 in Anspruch, dann muss der Antrag auf Kostenerstattung bis zum 31. Dezember 2027 bei der Pflegekasse eingehen.

Weitere Informationen zu dieser Leistung der Pflegeversicherung finden Sie online unter: www.bundesgesundheitsministerium.de/verhinderungspflege.

Wir haben geholfen

Kasse zahlt alternatives Mittel

Der SoVD verhilft vielen Mitgliedern zu ihrem Recht. Ein Beispiel ist eine Cannabis-Schmerztherapie, für die eine gesetzliche Krankenkasse die Kosten übernahm. Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr, die für die Landesverbände Rheinland-Pfalz / Saarland und Hessen zuständig ist, erzielte einen Ausnahmeerfolg.

Birgit M. (Name geändert) hat starke, chronische Schmerzen: in der Halswirbelsäule, ausstrahlend in beiden Armen, in Muskeln, am ganzen Körper. Sie stammen von mehreren Erkrankungen, darunter Psoriasis-Arthritis, Spondylarthrose, Zervikobrachialgie und Fibromyalgie, sowie von Hüft-Operationen. Die Nervenschmerzen verschlimmerten sich anfangs ständig, sodass die 48-Jährige schmerztherapeutisch schon bei Opioiden angekommen war.

Diese vertrug sie nicht. Die üblichen chemischen Mittel haben starke Nebenwirkungen. Sie machen abhängig, Nieren- oder andere Organschäden drohen. Auch Birgit M.s Psyche litt; und die Schmerzen blieben. Ihr Alltag war extrem eingeschränkt, soziale Teilhabe kaum möglich.

Hoffnung auf mehr Wirkung und weniger Nebenwirkung

Bei einer Reha empfahl ihr ein Arzt medizinisches Cannabis. Seit 2017 dürfen Fachärzt*innen es verschreiben, seit 2024 sogar ohne vorige Genehmigung. Korrekt dosiert wirkt medizinisches Cannabis nicht berauschend. Es ist ein effizientes Schmerzmittel



Foto: Kemedo / Adobe Stock

Gegen Nervenschmerzen kann medizinisches Cannabis helfen.

mit kaum Nebenwirkungen; vor allem gegenüber Opioiden. Zudem erhält es die Arbeitsfähigkeit – und ist viel preiswerter.

Das Cannabiol, „Dronabinol“-Tropfen, musste die Patientin allerdings selbst bezahlen – und das von einer niedrigen Erwerbsminderungsrente.

Als SoVD-Mitglied wandte sie sich an die Sozialrechtsberatung in Koblenz. Dort hatte Sozialjuristin Sigrid Jahr ihr schon einmal geholfen und einen Grad der Behinderung durchgesetzt.

Patientin soll Kosten tragen – bis der SoVD eingreift

Auch diesmal wusste sie Rat. „Bei extremen Schmerzen wird das übernommen, als letzter Weg!“, so Jahr. Unter solchen Voraussetzungen könne die gesetzliche Krankenversicherung die Kosten tragen: wenn eine schwere Krankheit den Alltag stark beeinträchtigt und andere Therapien nicht halfen oder unverträglich waren, aber Cannabis Besserung verspricht.

Schon im Vorverfahren konnte die SoVD-Juristin der Krankenkasse ausführliche ärztliche Befundberichte des Mitgliedes vorlegen. Sie machte klar, „dass wir, falls kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt wird, in die Klage gehen werden“.

Da erklärte sich die Versicherung doch bereit, die Kosten zu übernehmen – sogar für ein Jahr rückwirkend, gegen Vorlage der Rezepte und Quittungen.

Birgit M. ist erleichtert; besonders, da die Einigung nicht erst nach Jahren im Klageverfahren zustande kam. So muss sie nicht mehr länger alles „vorstrecken“. Und da sie die Tropfen gut trägt, hofft sie, sogar wieder arbeiten zu können.

ele/sj

Millionen Menschen profitieren von Erhöhung

Mindestlohn gestiegen

Fast fünf Millionen Menschen in Deutschland arbeiten zum gesetzlichen Mindestlohn. Für sie bedeutete die Anhebung der Lohnuntergrenze zum Jahreswechsel einen Einkommensgewinn. Besonders in der Gastronomiebranche steigen die Gehälter.

Zum Jahresbeginn stieg der Mindestlohn von 12,82 Euro pro Stunde auf 13,90 Euro. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes dürften bis zu 4,8 Millionen Menschen dadurch mehr Geld verdienen. Jede*r achte Beschäftigte in Deutschland arbeitete zuletzt in einem Beschäftigungsverhältnis mit einem Verdienst unterhalb des neuen Mindestlohns.

Besonders stark betroffen ist das Gastgewerbe, wo geschätzt fast die Hälfte aller Jobs von der Erhöhung profitieren. Auch in der Land- und Forstwirtschaft erreichen mehr als ein Drittel der Beschäftigten durch den neuen Mindestlohn einen höheren Verdienst.

Viele Beschäftigte, die zum Mindestlohn arbeiten, sind in Minijobs angestellt. Im Zuge der Erhöhung stieg die Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte von 556 auf 603 Euro im Monat.

Auch die Anpassung der Lohnuntergrenze im Jahr 2027 ist bereits beschlossen. Der Mindestlohn wird dann auf 14,60 Euro steigen. Der SoVD hält das nicht für ausreichend. Er hatte sich für eine Erhöhung auf über 15 Euro schon in diesem Jahr eingesetzt.



Foto: cherryandbees / Adobe Stock

In der Gastronomie erhalten viele Beschäftigte den gesetzlichen Mindestlohn.

DBR beim Gedenken an die Opfer der NS-„Euthanasie“

„Nie wieder ist jetzt!“

Am 28. Januar fand am T4-Denkmal in Berlin eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde statt. Für den Deutschen Behindertenrat (DBR), den der SoVD 2026 leitet, nahm als Vorsitzende des DBR-Sprecher*innenrates auch die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier teil.

Am historischen Ort, an der Tiergartenstraße 4, kamen Vertretende von Politik und Zivilgesellschaft zusammen, um der Opfer zu gedenken und ein klares Zeichen gegen das Vergessen zu setzen. Denn von dort planten und organisierten die Nazis die „Aktion T4“: die systematische Ermordung von Menschen mit Behinderungen.

Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel erinnerte an die grausamen Verbrechen und rief dazu auf, entschieden gegen jede Form von Hass und Ausgrenzung einzutreten. Mit Blick auf neue Hetze sagte Michaela Engelmeier: „Wir müssen dagegen kämpfen. Wir müssen uns positionieren, wir müssen Gesicht zeigen, wir müssen Haltung zeigen.“ Der Satz „Nie wieder ist jetzt!“ sei ein Auftrag.



Foto: SoVD

Michaela Engelmeier und Prof. Dr. Sigrid Arnade, als Vorsitzende und als Mitglied des DBR-Sprecher*innenrates, legten einen Kranz nieder.

Personalien

Joachim Heinrich, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im Landesverband Mitteldeutschland seit 2011, feiert am 21. März seinen 85. Geburtstag. Lange Jahre war Heinrich in sozialpolitischen Gremien des Bundesverbandes aktiv, zudem Landesvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender von Anhalt-Bitterfeld. Im SoVD ist er seit 2000.



Barcamp der SoVD-Jugend zu Gerechtigkeitsfragen

Junge Sicht auf die Rente

Im Zeichen der Generationengerechtigkeit in der Rente stand das zweite digitale Barcamp (etwa: „Unkonferenz“) der SoVD-Jugend mit Gästen am 26. Januar. Die offene Debatte, bei der die Teilnehmenden Ablauf und Inhalte festlegten, hatte mehrere Ergebnisse.

Henriette Wunderlich, Referentin der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD-Bundesverband, führte ins Thema ein und gab wichtige Impulse für die folgende Diskussion. Dort waren sich alle einig: Es sei keine Frage von (fehlender) Generationengerechtigkeit – sondern von Verteilungsgerechtigkeit, von Arm und Reich.

Wichtiges Ergebnis war, dass Generationengerechtigkeit nicht gegen soziale Gerechtigkeit ausgespielt werden dürfe. Der Fokus sollte auf denen liegen, die mehr beitragen können – nicht auf denen, die schon wenig haben. Klare Forderung war darum auch, alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. In den Blick rückte zudem der Aspekt finanzielle Bildung. Sie müsse man stärken und schon im Rahmen schulischer Lebenskompetenzen vermitteln.

Die Barcamps gehen weiter. Beim dritten am 23. Februar ging es um Wehrdienst; Info zu künftigen Barcamps bei: jugend@sovd.de.

Versicherte müssen Antrag jährlich neu stellen

Zuzahlungsbefreiung gilt nicht auf Dauer

Für Medikamente oder Krankengymnastik müssen gesetzlich Versicherte Zuzahlungen leisten. Sind bestimmte Voraussetzungen erfüllt, kann man sich davon befreien lassen. Allerdings muss ein entsprechender Antrag jedes Jahr neu gestellt werden.

Höchstens zwei Prozent ihrer jährlichen Bruttoeinnahmen müssen Erwachsene für medizinische Leistungen aufwenden. Bei Menschen mit einer chronischen Erkrankung sinkt diese Belastungsgrenze auf ein Prozent. Ist diese Schwelle erreicht, können Betroffene sich für den Rest des Kalenderjahres von weiteren Zuzahlungen befreien lassen. Einen entsprechenden Antrag reichen die Versicherten mit allen Quittungen und Nachweisen direkt bei ihrer Krankenkasse ein. Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, stellt die Kasse eine Befreiung für das laufende Kalenderjahr aus.



Foto: Henrik Dolle / Adobe Stock
Bei hohen Zuzahlungen, etwa für Medikamente, ist ein Antrag auf Befreiung sinnvoll.

Personen, die schon zum Jahresbeginn wissen, dass sie die Belastungsgrenze überschreiten werden, können bereits jetzt einen Antrag stellen. Darauf weist der Verbraucherzentrale Bundesverband hin. Diejenigen überweisen dann den individuellen Höchstbeitrag auf einmal an die Kasse und werden ganz von Zuzahlungen befreit. Eine Rückerstattung im Nachhinein ist bei dieser Variante jedoch ausgeschlossen.

jos

SoVD-Umfrage zeigt Verunsicherung und Ängste in großen Teilen der Bevölkerung

Furcht vor sozialem Abstieg

Vor allem Jüngere und Familien blicken mit Sorge auf ihre finanzielle Situation und ihre Teilhabechancen, zeigt eine Civey-Umfrage im Auftrag des SoVD. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier fordert die Politik auf, diese Ängste zu adressieren und gegenzusteuern.

Die Angst vor sozialem Abstieg ist in Deutschland weit verbreitet. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des SoVD hervor. Fast 40 Prozent der Befragten blicken mit Sorge auf das Jahr 2026 und rechnen mit finanziellen Einbußen sowie Einschränkungen bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Während 35 Prozent der Männer große Befürchtungen äußern, sind es bei Frauen knapp 43 Prozent. Unter den 16- bis 39-Jährigen fürchtet etwa die Hälfte einen sozialen Abstieg. In Haushalten mit Kindern liegt der Anteil der Besorgten bei knapp der Hälfte, bei Kinderlosen ist es etwas mehr als ein Drittel. Unter Arbeiter*innen haben 56 Prozent Angst vor dem Abstieg, bei Beamte*innen ist es nur gut ein Viertel. In Ostdeutschland ist die Verunsicherung größer als im Westen.



Foto: Drazen / Adobe Stock

Etwa die Hälfte der Befragten mit Kindern im Haushalt fürchtet, in diesem Jahr einen sozialen Abstieg zu erleben.

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier mahnt: „Es ist besorgniserregend, wenn gerade diejenigen, die unser Land am Laufen halten, überdurchschnittlich häufig Ab-

stiegsängste haben.“ Sie fordert die Politik auf, mit Maßnahmen wie einem höheren Mindestlohn, einer armutsfesten Rente und Unterstützung für Familien darauf zu reagieren.

str

Bundesjugendkonferenz 2026

„Mobbing erkennen, verhindern, bekämpfen – die Jugend fordert Verantwortung“ lautet das Motto der SoVD-Bundesjugendkonferenz, die vom 17. bis zum 18. April 2026 in Berlin stattfindet.

Die Teilnehmenden sprechen darüber, wie Mobbing entsteht, wie man es frühzeitig erkennt und was man konkret dagegen tun kann – in der Schule, in der Ausbildung, am Arbeitsplatz und im Internet. Ziel ist, Betroffene besser zu schützen, aufzuklären und Verantwortung klar zu benennen.

Außerdem werden die Anträge aus den Landesjugendkonferenzen vorgestellt, beraten und beschlossen. Der Bundesjugendvorstand wird neu gewählt und die Delegierten legen fest, welche Themen in der Jugendarbeit künftig besonders wichtig sind. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Diskussion und Verabschiedung einer jugendpolitischen Resolution zum Thema Mobbing und gesellschaftliche Verantwortung.

Die Delegierten erhalten rechtzeitig eine Einladung und Informationen zur Anmeldung. Weiteres wird noch bekannt gegeben. Kontakt: SoVD-Jugend im Sozialverband Deutschland e.V., Referat für Jugendpolitik, Stralau-

er Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22-131, E-Mail: jugend@sovd.de.

Tagesordnung

- TOP 1:** Eröffnung und Begrüßung Sebastian Freese, 1. Bundesjugendvorsitzender
Grußwort Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende SoVD-Bundesverband
- TOP 2:** Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 3:** Beschlussfassung zur Tagesordnung
- TOP 4:** Beschlussfassung zur Geschäfts- und Wahlordnung
- TOP 5:** Wahl der Tagesleitung
 - a Wahl der*des Vorsitzenden
 - b Wahl der*des 1. stellvertretenden Vorsitzenden
 - c Wahl der*des 2. stellvertretenden Vorsitzenden
 - d Wahl der Schriftführerin* des Schriftführers
- TOP 6:** Wahl der Wahl- und Mandatsprüfungskommission
- TOP 7:** Berichte und anschließende Aussprache zu den Berichten ab der Bundesjugendkonferenz vom 16. November 2024
 - a Bericht des Bundesjugendvorsitzenden Sebastian Freese
 - b Bericht des Schatzmeisters Andreas Hupe
 - c Bericht des Sprechers der Bundesrevisoren Reinhard Meyer
- TOP 8:** Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes
- TOP 9:** Bericht der Wahl- und

- Mandatsprüfungskommission
- TOP 10:** Beratung und Beschlussfassung der vorliegenden Anträge
 - a Organisatorische Anträge
 - b Sozialpolitische Anträge
- TOP 11:** Wahl des Bundesjugendvorstandes
 - a Wahl einer*eines 1. Bundesjugendvorsitzenden
 - b Wahl einer*eines stellv. Bundesjugendvorsitzenden
 - c Wahl eines*einer 2. stellv. Bundesjugendvorsitzenden
 - d Wahl einer Schatzmeisterin* eines Schatzmeisters
 - e Wahl einer Schriftführerin* eines Schriftführers
 - f Wahl einer*eines Vertreterin* eines Vertreters des gewählten Landesjugendgremiums Niedersachsen
 - g Wahl einer Vertreterin* eines Vertreters des gewählten Landesjugendgremiums Nordrhein-Westfalen
 - h Wahl einer Vertreterin* eines Vertreters des gewählten Landesjugendgremiums Berlin-Brandenburg
 - i Wahl der Beisitzer*innen
- TOP 12:** Diskussion über die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der Jugendarbeit
- TOP 13:** Beratung und Verabschiedung der Jugendpolitischen Resolution
- TOP 14:** Schlusswort des*der neuen Bundesjugendvorsitzenden.

Politischer Paukenschlag

Bier, Brezeln, Musik – und jede Menge Klartext: Rund 300 ehrenamtlich Aktive aus ganz Schleswig-Holstein kamen am 18. Februar in Neumünster zum zweiten „politischen Aschermittwoch“ des SoVD-Landesverbandes zusammen, um ein klares Zeichen gegen den sozialen Kahlschlag in Deutschland zu setzen. Zu Gast war dabei auch Dr. Ulrich Schneider, der kein Blatt vor den Mund nahm.

Mit Dr. Schneider hatte der schleswig-holsteinische SoVD einen der profiliertesten Streiter für soziale Gerechtigkeit als Hauptredner gewinnen können. Der ehemalige Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes redete in der Stadthalle Tacheles. „Wir erleben einen Angriff auf den Sozialstaat, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht erlebt haben“, warnte er unter dem Applaus der 300 SoVD-Mitglieder.

Eine deutliche Sprache sprachen auch die Zahlen, die er nannte: Während 17 Prozent der Menschen in Deutschland unter der Armutsgrenze leben, besitzen die reichsten ein Prozent

satte 30 Prozent des gesamten Vermögens. Dass in dieser Situation einige „Experten“ ernsthaft ein soziales Pflichtjahr für Rentner*innen oder Sonderabgaben für die Boomer-Generation fordern, nannte er ein Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Aufgabe – nämlich einer gerechten Verteilung. Dr. Schneiders Fazit war ebenso kurz wie alarmierend: „Deutschland steht als Sozialstaat auf der Kippe.“

Zuvor hatte Alfred Bornhalm, der SoVD-Landesvorsitzende, ebenfalls die Bundesregierung ins Visier genommen. Er kritisierte die „Schlagzeilenrhetorik“, mit der einige Fach-

leute Sozialleistungen wie das Elterngeld als verzichtbaren Luxus, als „nice to have“, kleinredeten.

Trotz der harten Fakten kam aber das Gemeinschaftsgefühl nicht zu kurz. Im Saal wurden Brezeln gereicht, die Marschband sorgte mit Hits von Udo Jürgens oder dem Radetzky-Marsch für Stimmung, und zum Abschluss strapazierte „Dr. von Hase“ mit seinem medizinischen Kabarett die Lachmuskeln der Anwesenden. Ob die Krankenkasse seinen Auftritt übernimmt, blieb zwar offen – fest steht aber: Die gute Laune und der Kampfgeist der SoVD-Familie sind ungebrochen. cs



Dr. Ulrich Schneider, ehemaliger Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.



Die Stimmung unter den 300 ehrenamtlich Aktiven war wie im letzten Jahr hervorragend. Auch beim zweiten politischen Aschermittwoch des SoVD Schleswig-Holstein gab es markige Reden.

SoVD im Gespräch

Haushaltsnahe Dienstleistungen fördern

Die DGB-Frauen und der Sozialdienst der katholischen Frauen (SKF) hatten für den 29. Januar zu einem parlamentarischen Frühstück in den Bundestag eingeladen, um das Thema haushaltsnahe Dienstleistungen auf die politische Agenda zu setzen.

Für den SoVD nahm Henriette Wunderlich teil, Referentin der Abteilung Sozialpolitik. Sie tauschte sich mit Politiker*innen und anderen Verbänden aus, darunter der Deutsche Hauswirtschaftsrat, die Landfrauen und

der Verband alleinerziehender Mütter und Väter.

Nach einem Impulsvortrag von Prof. Dr. Natascha Nisic von der Universität Mainz (auf dem Foto vorne in der Mitte) ging es in die Diskussion.

Wunderlich nahm die häusliche Pflege in den Blick: „Dieses System ist am Limit!“ Um es zu stabilisieren, müsse man die haushaltsnahen Dienste ausweiten. Das schütze Angehörige vor Überlastung und spare langfristig öffentliche Mittel – durch längere Erwerbsfähigkeit und weil Prävention günstiger sei als Reha. Entlastung im Alltag verschaffe pflegenden Angehörigen, meist Frauen, Zeit und Teilhabe. Der Entlastungsbetrag von 131 Euro im Monat reiche aber nicht. Davon könne

man sich nur eine Stunde Hilfe pro Woche leisten. Fünf Stunden würden laut Studien das Risiko von Überforderung und Krankheit erheblich senken.

Die Debatte zeigte insgesamt, dass der Handlungsbedarf groß ist: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse prägen die Arbeit im Privathaushalt, während die Nachfrage nach Haushaltshilfen steigt. Eine Forderung war ein Familienbudget für Alltagshelfer*innen. Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen könnten helfen, Schwarzarbeit zurückzudrängen. „Gewinnen würden alle: Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Pflegebedarf, Beschäftigte in Haushalten, Sozialversicherungssysteme und öffentliche Kassen“, so der DGB.

Neujahrsempfang 2026

Bei seinem Neujahrsempfang am 22. Januar in Kiel zog der SoVD Schleswig-Holstein wieder eindrücklich Bilanz des letzten Jahres. Rund 150 Gäste aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Organisationen nutzten den Abend zudem für fachlichen Austausch und Vernetzung. Sozialpolitisches Thema war diesmal die Digitalisierung.

Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender sowie stellvertretender Verbandsratsvorsitzender, präsentierte den Gästen in der „Wunderino Arena“, darunter SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, beeindruckende Zahlen: 2025 erstritt der Landesverband für seine Mitglieder 14.908.326 Euro an Einmalzahlungen und 3.056.766 Euro an laufenden Zahlungen – zusammen über 15 Millionen Euro! Mehr als 1.000 Verfahren begann er, führte über 5.500 laufende Antragsverfahren und knapp 5.000 Widersprüche legte er neu ein.

Der SoVD wird gebraucht

„Nur weil wir hier im Norden eine so große und starke Gemeinschaft sind, können wir diese Arbeit für unsere Mitglieder leisten“, betonte Bornhalm.

Die hohen Summen zeigten aber auch, dass im Sozialstaat vieles im Argen liege: „Es handelt sich um berechnete Ansprüche unserer Mitglieder, die aber ohne unser Zutun nicht gezahlt worden wären. Hinter jedem Widerspruch und jeder Klage stehen Menschen, die ohne dieses Geld zum Teil in existenzielle Nöte geraten würden.“



Foto: Julia Petersen
Der Landesvorsitzende Alfred Bornhalm zog Bilanz für 2025.

Teilhabe: Bei der Digitalisierung alle Menschen mitnehmen

Sozialpolitisch ging es um die Forderung: „Digitalisierung heißt, alle mitzunehmen!“. Dafür setzt sich der schleswig-holsteinische SoVD auch mit seinem Projekt „Digitale Gesandte“ ein. Unter dem Motto „Gemeinsam online, damit niemand allein bleibt“ schafft es Teilhabe und stärkt das Ehrenamt. 2025 begann der Landesverband, erst in Kiel und Dithmarschen, Technikinteressierte zu solchen „Digitalen Gesandten“ auszubilden. Diese helfen anderen beim Umgang mit Smartphone, Tablet und PC – zu Hause oder in Gruppen.

Im Instagram-Kanal @sovd_sh gibt es Eindrücke vom Abend unter: www.instagram.com/reel/DT1NXQvEvJb und „Blitzinterviews“ zur Digitalisierung unter: www.instagram.com/reel/DUOD5b6CD8_.



Foto: DGB
SoVD-Referentin Henriette Wunderlich (hinten li.) war beim parlamentarischen Frühstück der DGB-Frauen und des Sozialdienstes der katholischen Frauen in Berlin. Dabei ging es um haushaltsnahe Dienstleistungen. Der SoVD konnte in einem Kurzvortrag und guten Gesprächen seine Perspektive einbringen. Gemeinsam mit anderen Verbänden tritt er für die Ausweitung dieser Leistungen ein.

Eigenanteil: Wird mit zweierlei Maß gemessen?

Mit 85 Jahren zieht Anna F. (Name geändert) im Sommer 2024 in ein Seniorenheim im Landkreis Peine. Da sie eine gute Rente bezieht, kann sie die hohen Kosten, die sie selbst tragen muss, zahlen. Das ändert sich, als im Frühjahr 2025 der Eigenanteil drastisch erhöht wird. Ihre Tochter Barbara W. (Name geändert) schaut sich das Ganze genauer an und macht eine Entdeckung, die sie als sehr ungerecht empfindet.

Etwas über 2.400 Euro muss Anna F. monatlich für ihren Pflegeheimplatz dazubezahlen, als sie in die Einrichtung kommt. „Meine Mutter bekam mit 2.600 Euro eine überdurchschnittlich gute Rente. Deshalb konnte sie die Kosten, im Gegensatz zu anderen, stemmen“, erinnert sich ihre Tochter. Doch im März 2025 folgt dann der Schock: Das Pflegeheim erhöht den Betrag auf 2.980 Euro pro Monat. „Allein die Investitionskosten lagen auf einmal bei 980 Euro“, berichtet Barbara W. rückblickend. Diese Kosten für Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudes und der Ausstattung stellen Seniorenheime ihren Bewohner*innen zusätzlich zu Unterkunft, Pflege und Verpflegung in Rechnung. Sie müssen komplett von den Pflegebedürftigen getragen werden und können von Einrichtung zu Einrichtung variieren.

Da ihre Rente auf einmal nicht mehr reicht, zahlt Anna F. die Kosten von ihrem Ersparnen. Ihrer Tochter lässt die Kostenexplosion jedoch keine Ruhe. „Ich habe mich mit einem Freund ausgetauscht, dessen Mutter auch in dem Heim lebt. Sie kann sich den Eigenanteil jedoch nicht mehr leisten und musste Sozialhilfe beantragen. Bei dem Gespräch stellte sich dann heraus, dass die Einrichtung dem Sozialhilfeträger viel geringere Investitionskosten in Rechnung stellt als meiner Mutter, die das Ganze selbst gezahlt hat“, so Barbara W. Die 61-jährige recherchiert und stößt auf

einen Sachverhalt, den sie als sehr ungerecht empfindet: „Jeder Sozialhilfeträger verhandelt individuell mit den einzelnen Heimen. Offenbar wird dabei so viel Druck aufgebaut, dass die Seniorenheime den Behörden nur geringere Investitionskosten in Rechnung stellen können.“

Einordnung des SoVD

Barbara W. will das so nicht hinnehmen und wendet sich ratsuchend an Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Die Leiterin der Abteilung Sozialpolitik bestätigt die Praxis: „Durch diese direkten Absprachen kann es vorkommen, dass die Behörden für Pflegebedürftige, die Sozialhilfe bekommen, weniger Investitionskosten zahlen müssen.“ Fraglich sei dabei schon, wie diese Unterschiede zustande kommen, da die Investitionskosten eigentlich für alle gleich seien. „Das Problem ist, dass diese Kosten nicht transparent dargelegt werden müssen, außer im Falle einer Erhöhung. Wir gehen allerdings nicht davon aus, dass sich Einrichtungen daran bereichern wollen, sondern dass sie aufgrund des Drucks oft gezwungen sind, bei den Verhandlungen einzulenken“, erläutert Lorenz. Im Fall von Anna F. kann der SoVD jedoch rechtlich nicht unterstützen. „Pflegebedürftige schließen mit dem Heim einen direkten Vertrag ab, deshalb bewegen wir uns hier im Zivilrecht. Als SoVD dürfen wir jedoch nur im Sozialrecht beraten“, so die Abteilungsleiterin. Sie gibt Bar-

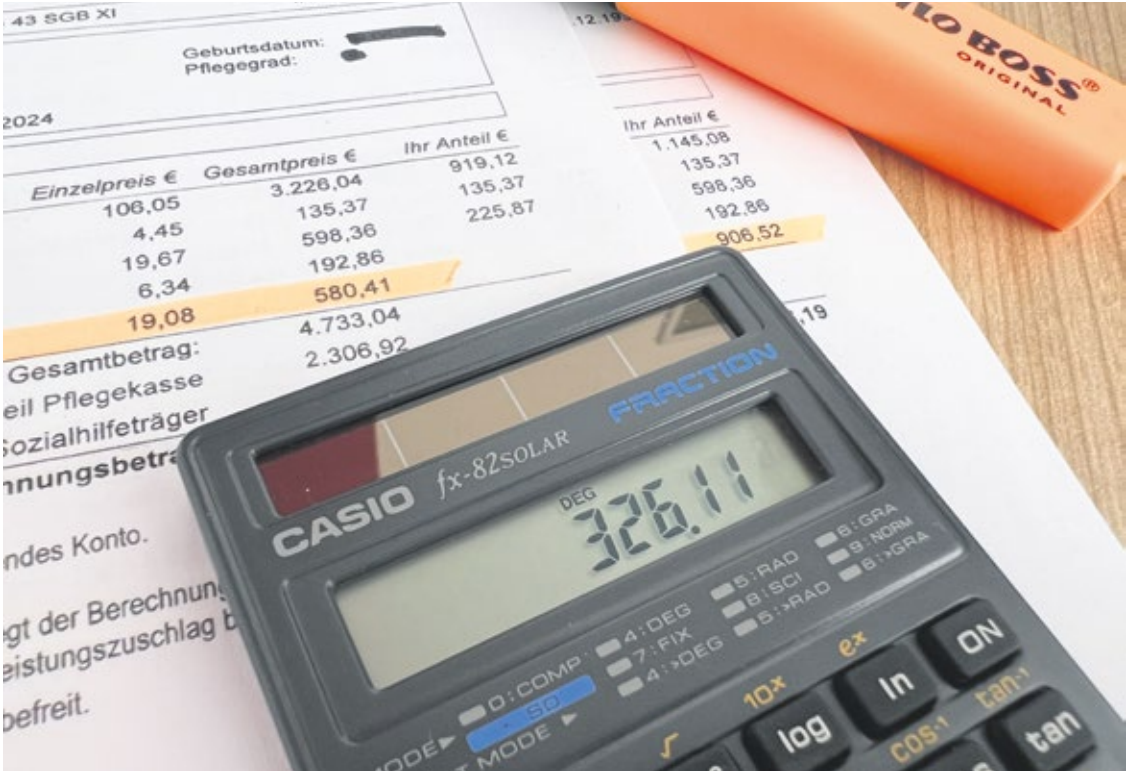


Foto: Stefanie Jäkel

Im Vergleich: rechts die Rechnung mit den Investitionskosten von Anna F., links die Rechnung einer Bewohnerin, die Sozialhilfe beantragen musste. Die Differenz beträgt monatlich mindestens 326 Euro.

bara W. den Tipp, sich mit dem Seniorenheim in Verbindung zu setzen und um Senkung der Investitionskosten zu bitten. „Das habe ich auch gemacht. Dort hat man mir dann nur gesagt, dass meine Mutter eben Sozialhilfe beantragen müsse, wenn ihr Ersparnes aufgebraucht sei“, erzählt das SoVD-Mitglied.

Investitionskosten sollte Bundesland übernehmen

Doch dazu kommt es nicht mehr, Anna F. stirbt im August 2025. Auch nach dem Tod ihrer Mutter ist Barbara W. noch immer empört: „Es ist total ungerecht, dass eine Behörde durch

Druck die Kosten senken kann, alle anderen aber weiterhin den hohen Betrag zahlen müssen. Mir ist es wichtig, dass sich hier etwas ändert.“ Das versteht die SoVD-Expertin nur zu gut: „Der Fall von Anna F. verdeutlicht, wie dramatisch die Probleme in der Pflege derzeit sind, vor allem, wenn es ums Geld geht. Es kann nicht sein, dass jemand, der eine so gute Rente bezieht, am Ende doch noch Sozialhilfe hätte beziehen müssen und Behörden auf der anderen Seite eine solche Macht haben, die Kosten für sich zu senken“, betont Lorenz und ergänzt: „Wir als SoVD haben dafür eine

ganz klare Lösung. Das Land Niedersachsen muss wieder die Investitionskosten übernehmen.“ Das würde nicht nur zu weniger Empfänger*innen von Sozialhilfe führen, sondern die Politik hätte auch eine ganz andere Verhandlungsposition gegenüber den Sozialhilfeträgern. Das Argument, dass das nicht leistbar sei, lässt Lorenz nicht gelten: „Immer mehr Menschen können sich die Pflege im Heim nicht leisten und müssen Sozialhilfe beantragen. Ihnen diese Leistung zu zahlen, anstatt die Investitionskosten zu übernehmen, ist eine Milchmädchenrechnung.“

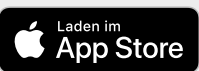
„Mein SoVD“: Nutzen Sie die SoVD-App für noch mehr Service!

Diese Vorteile bietet die App:

- Unterstützung bei Anträgen, Widersprüchen oder Klageverfahren
- Persönliche Videoberatung mit SoVD-Berater*innen
- Alle Nachrichten an einem Ort verwalten
- Beratungstermine einfach und bequem vereinbaren
- Dokumente unkompliziert und sicher übermitteln

Mehr Infos finden Sie unter: www.sovd-nds.de/sov-d-app

Download der App:



SOVD

20% Rabatt auf neu eröffnete Verfahren bei Abwicklung über die App

Feierstunde der Staatlichen Sozialverwaltung in der Würzburger Residenz

Personalwechsel in der Landesbehörde

Seit Juli 2025 leitet Regierungsdirektorin Carmen Ringelmann die Regionalstelle Unterfranken der Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) in Würzburg. Die Amtseinführung fand am 14. Januar als Feierstunde in der Residenz Würzburg statt. Gleichzeitig wurde Kerstin Altenbeck als ehemalige Regionalstellenleiterin verabschiedet.

Ministerialdirektor Dr. Markus Gruber, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, hieß die neue Regionalstellenleiterin willkommen, dankte der scheidenden Vorgängerin für ihr jahrelanges, engagiertes Wirken und überbrachte Glückwünsche von Staatsministerin Ulrike Scharf: „Die ZBFS-Regionalstelle Unterfranken in Würzburg bleibt in guten und erfahrenen Händen. Ich gratuliere Frau Ringelmann herzlich zur neuen Aufgabe und bedanke mich zugleich bei ihrer Vorgängerin Frau Altenbeck für ihren Einsatz und ihr Engagement. Frau Ringelmann ist eine erfahrene Persönlichkeit, die die ZBFS-Regionalstelle Unterfranken bereits seit April 2025 kommissarisch geleitet hat. Ich wünsche ihr eine gute Hand bei allen Entscheidungen. Das ZBFS ist die Herzkammer unseres Familienlandes Bayern und eine zentrale Anlaufstelle für

die Menschen im Freistaat. Das ZBFS ist ein Garant, dass Bayern gemeinsam stark bleibt.“

Carmen Ringelmann trat im September 1989 beim Landesamt für Finanzen in den öffentlichen Dienst ein und wechselte im September 1990 zum Versorgungsamt Würzburg in die gehobene Beamtenlaufbahn. Nach Stationen als Sachbearbeiterin für das damalige Erziehungsgeld, in der Sozialen Entschädigung, wo sie sich unter anderem als Sonderbetreuerin um Opfer von Gewalttaten kümmerte, sowie in der Personalabteilung, nahm sie ab August 2006 die Aufgaben der Fachgebietsleitung für Zentrale Aufgaben wahr. Von Mitte 2011 bis Oktober 2025 war die erfahrene Verwaltungsbeamtin zudem Ausbildungsleiterin in der Regionalstelle Würzburg und wirkte in den Jahren 2009/2010 beim Aufbau der Würzburger Prothesensammlung „Second Hand“

sowie 2018/2019 bei deren Erweiterung um einen großen Selbsterfahrungsbereich federführend mit.

Kerstin Altenbeck war von 2008 bis 2012 in der Zentrale des ZBFS in verschiedenen Führungspositionen tätig und wechselte 2013 als Richterin ans Arbeitsgericht Bamberg. Nach einer Abordnung an das Landesarbeitsgericht Nürnberg übernahm sie im Februar 2022 die Leitung der Regionalstelle Unterfranken. Von Mai 2023 bis März 2025 war sie zudem zentrale Ansprechpartnerin für Opfer von Terror und von auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen in Bayern. Zum 1. April 2025 kehrte sie als Direktorin an das Arbeitsgericht Bamberg zurück. Seit 1. November 2025 ist sie Vizepräsidentin des Landesarbeitsgerichts Nürnberg.

In der Regionalstelle Unterfranken in Würzburg sind neben den Hauptaufgaben Familien-



Foto: ZBFS/Roos

V. li.: Matthias Fiedler, Personalratsvorsitzender des ZBFS in Würzburg, Würzburgs Oberbürgermeister Martin Heilig, Carmen Ringelmann, Kerstin Altenbeck, Dr. Gabriele Roos, leitende Ärztin der ZBFS-Regionalstelle Unterfranken, Dr. Norbert Kollmer, Präsident der Landesbehörde ZBFS und Dr. Markus Gruber, Amtschef im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

leistungen, Schwerbehinder-
tenfeststellungsverfahren und
Inklusionsamt unter anderem
die Anerkennungsstellen für
Sozial- und Kindheitspädago-
gen und für Assistenzhunde
sowie das Servicetelefon Fa-
milienleistungen angesiedelt.
Weiterführende Infos gibt es
auf der Internetseite unter:

www.zbfs.bayern.de.

Der SoVD Bayern hat als
Vertreter seiner Mitglieder in
sozialen Fragen gute Kontakte
zum ZBFS. So erhielt Landes-
vorsitzende Meta Günther 2024
Besuch vom Leiter der Regio-
nalstelle Oberbayern. Hendrik
Maler stellte sich ihr persönlich
vor.

Quelle: ZBFS

AOK Bayern und BHÄV stärken die hausärztliche Versorgung in der Region durch neue Leistungen

Geschulte Coaches und digitale Angebote

Die AOK Bayern und der Bayerische Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V. (BHÄV) stärken gemeinsam die hausärztliche Versorgung in Bayern: Im Rahmen ihres Hausarztvertrags haben beide Vertragspartner neue Leistungen vereinbart mit dem Ziel, die hausärztliche Versorgung im Freistaat durch mehr Arbeitsteilung und Telemedizin zukunftsfähig aufzustellen.

Die Förderung des Einsatzes akademisch ausgebildeter nichtärztlicher Fachkräfte in den Praxen sowie bei Hausbesuchen soll gestärkt werden. Außerdem werden die Praxen bei der Finanzierung von telemedizinischen Geräten unterstützt, mit denen Gesundheitsdaten direkt bei den Patient*innen vor Ort erhoben und sicher an die Hausarzt- bzw. Hausärztinpraxis übermittelt werden können. Insgesamt stellt Bayerns größte Krankenkasse dafür zusätzlich vier Millionen Euro im Jahr zur Verfügung.

Hausarzt- und Hausärztinnenpraxen sind für viele Menschen in Bayern bereits heute erste und zentrale Anlaufstelle in Gesundheitsfragen. In Zukunft werden aufgrund des demografischen Wandels im-

mer mehr Menschen medizini-
sche Behandlung in Anspruch
nehmen. Darauf wollen sich
die AOK Bayern und der BHÄV
gemeinsam vorbereiten. Die
Erweiterung des Hausarztver-
trags knüpft an die im Herbst
vereinbarte Studienförderung
für nichtärztliches Personal an.
Konkret honoriert die AOK Bay-
ern unter anderem den Einsatz
von sogenannten Primary Care
Managern, die Ärztinnen und
Ärzte im Praxisalltag unterstüt-
zen.

Hausbesuche und digitale Angebote ausweiten

Auch Hausbesuche durch
entsprechend geschulte nicht-
ärztliche Mitarbeitende werden
finanziell gefördert. In enger Ab-
sprache mit der behandelnden
Hausärztin oder dem Hausarzt

können sie Routineaufgaben
wie einfache Untersuchungen
oder Messung von Körperwer-
ten übernehmen. Dies entlastet
die Praxen und ermöglicht ge-
rade älteren, chronisch kranken
Menschen eine kontinuierliche
Betreuung im eigenen zuhause.
Ergänzend dazu haben sich
BHÄV und die AOK Bayern da-
rauf geeinigt, dass im Rahmen
ihres Hausarztvertrags die Fi-
nanzierung für moderne tele-
medizinische Geräte gefördert
wird, mit denen sich beispiels-
weise die Hausärztin oder der
Hausarzt per Videochat zu-
schalten kann.

Prävention stärken mit AOK-Coaches

Eine weitere Neuerung im
Hausarztvertrag von AOK Bay-
ern und BHÄV ist die Förderung



Foto: DragonImages / Adobe Stock

Speziell geschulte Coaches sollen die Arztpraxen entlasten und zu chronisch kranken Patient*innen ins Haus kommen.

des Einsatzes von AOK-Coaches
– etwa zu Bluthochdruck und
Diabetes Mellitus Typ II – in
der hausärztlichen Versorgung.
Die Online-Programme unter-
stützen Versicherte im Umgang
mit chronischen Erkrankungen
und erhöhen die Gesundheits-
kompetenz. Gerade Prävention

und Gesundheitskompetenz
sind wichtige Schlüssel, um
die Gesunderhaltung weiter zu
stärken. Die AOK Bayern und
der BHÄV arbeiten hier Hand in
Hand für das gemeinsame Ziel:
Mehr gesunde Lebensjahre für
alle Menschen in Bayern.

Quelle: AOK Bayern, BHÄV

Polizeieinsätze bei Gehörlosen nur mit Dolmetscher*in

Eskalation vermeiden

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e.V. (LVBYGL) hat zum Tag des Notrufs eine kritische Zwischenbilanz gezogen: Während Bayern technologische Fortschritte bei Apps und Krisendiensten macht, gefährden strukturelle Mängel in der polizeilichen Einsatzstrategie und die prekäre Finanzierung von Dolmetscher*innenleistungen die Sicherheit gehörloser Bürger*innen.

Der LVBYGL begrüßt die Verstetigung der nora Notruf-App und des Tess-Notrufs sowie die Barrierefreiheit der Krisendienste Bayerns. Gehörlose können nun in psychischen Krisen rund um die Uhr professionelle Hilfe in Gebärdensprache erhalten. Ein weiterer Erfolg ist der Bayerische Notfallbereitschaftsdienst, der nachts und an Feiertagen eine verlässliche Kommunikation in Akutlagen garantiert. „Dies sind wichtige Meilensteine, doch sie lösen lediglich den Zugang zum Notruf“, erklärt Daniel Buter, Politischer Referent des LVBYGL.

Eskalationsgefahr durch mangelhafte Einsatzprotokolle

Die Sicherheit darf jedoch nicht an der Wohnungstür enden. Der tragische Fall in Bochum (November 2025), bei dem ein gehörloses Kind durch Polizeischüsse lebensgefährlich verletzt wurde, belegt ein systemisches Versagen der Vor-Ort-Kommunikation. In jener Nacht waren zudem die Bodycams der Beamten nicht aktiviert. „Wenn die Polizei Eigensicherung über das Leben von Menschen stellt, die akustische Befehle physisch nicht wahrnehmen können, ist das ein unhaltbarer Zustand“, betont Buter. Der LVBYGL fordert daher eine verbindliche Eskalationsstopp-Klausel für bayerische Einsatzkräfte: Bei erkennbarer Hörbehinderung muss die Anwendung von Zwang ausgesetzt werden, bis visuelle Kommunikationswege versucht wurden.

Finanzierungslücke bei Dolmetschleistungen schließen

Ein zentrales Problem bleibt die angemessene Vergütung für Dolmetscher*innen bei regulären Polizeieinsätzen. Während das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) 6 seit Juni 2025 einen Satz von 93 Euro pro Stunde vorsieht, zahlt die bayerische Polizei in der Verwaltungspraxis oft deutlich geringere Sätze. Dies führt zu einem massiven Fachkräftemangel bei Vernehmungen und Ermittlungen. Barrierefreiheit ist eine staatliche Kernaufgabe und darf nicht am Budget scheitern.

Der LVBYGL appelliert an das bayerische Innenministerium, die Sicherheit für alle Bürger*innen ernst zu nehmen und eine lückenlose Rettungskette – von der App-Absetzung bis zum Einsatzen vor Ort – zu garantieren.

Quelle: LVBYGL



Foto: eytronic / Adobe Stock

*Erfahrung ist nicht das,
was mit einem Menschen geschieht,
sondern das, was er daraus macht.*

Aldous L. Huxley

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes Bayern gratulieren allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 4.3. Martina Bahtke, Sulzdorf; 5.3. Sylvia Wolf, Mömbriß; 10.3. Thomas Peyerl, Nürnberg; 13.3. Wolfgang Mengel, Baar-Ebenhausen; 15.3. Robert Bayer, Zirndorf; 18.3. Margit Gerlicher, Großheirath; 31.3. Arthur Brandl, Mitterteich.

70 Jahre: 23.3. Willi Huber, Ziemetshausen.

75 Jahre: 18.3. Ewald Fries, Elsenfeld; 24.3. Horst Leppert, Nürnberg.

85 Jahre: 5.3. Fritz Sommer, Floß; 17.3. Jürgen Walter, Oberottmarshausen.

90 Jahre: 4.3. Erwin Dusold, Ebensfeld.

Rückblick auf die bisherigen Veranstaltungen des Ortsverbandes Michelau in 2026

Jahresbeginn im SoVD Michelau

Der Ortsverband Michelau bietet auch im neuen Jahr seine bewährte Sozialrechtsberatung an und die beliebten Treffen danach. Im Januar stand es unter dem Motto „Neujahrsempfang“ und im Februar im Zeichen des Faschings.

Am 10. Januar startete der Ortsverband Michelau ins neue Verbandsjahr mit seiner ersten Sozialsprechstunde und dem traditionellen Neujahrsempfang für die Mitglieder im Mehrgenerationenhaus. Drei Mitglieder ließen sich beraten, 22 Mitglieder begrüßten gemeinsam das neue Jahr.

Am 7. Februar nahmen vier Mitglieder eine Beratung in Anspruch und 23 Mitglieder versammelten sich anschließend zum Faschingstreffen. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Schatzmeister Markus Rübensaal dem Vorsitzenden Günter Ruckdäschel einen neuen Drucker für die Mitgliederarbeit.

Dr. Josef Haas erhielt einen Benzingutschein vom 2. Vorsitzenden Thomas Fischer. Das ist eine Hilfe und Anerkennung



Dr. Josef Haas (li.) erhielt von Thomas Fischer einen Benzingutschein.

für seinen Einsatz für die Mitglieder in der Region. Dr. Haas fährt vierteljährlich im Monat aus seinem Heimatort Hirschaid viele Kilometer mit dem eigenen



Markus Rübensaal (li.) übergibt Günter Ruckdäschel einen neuen Drucker.

Auto, unter anderem nach Michelau zur Sozialberatung, um dort seine jahrzehntelange Erfahrung als Unterstützung mit einzubringen.



Zum jährlichen Neujahrsempfang fanden sich fast zwei Dutzend Mitglieder ein.



Faschingstreffen des SoVD im MGH Michelau.



Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminver-

einbarung, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken / Bayreuth.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags–donnerstags, 9–11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr zu den Grundlagen für eine soziale Gesellschaft

Darum ist der Sozialstaat wichtig

Der Sozialstaat wird immer wieder von Interessenverbänden, Politiker*innen und auch Bürger*innen kritisiert. Letztere machen sich aber oft nicht klar, was hinter dem Prinzip des Sozialstaates steckt, und dass zum Beispiel die ungeliebten Steuern erhoben werden, um Leistungen für alle Bürger*innen zu finanzieren. SoVD-Juristin Sigrid Jahr macht in diesem Artikel deutlich, wie der Sozialstaat funktioniert und was seine Abschaffung für Folgen hätte.

Der Sozialstaat hilft mit Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Renten und anderen Leistungen. Er kämpft gegen die Sozialverbände, Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen. Die Grundpfeiler unseres Miteinanders sind Solidarität, sozialer Ausgleich und Unterstützung in Notlagen. Der Sozialstaat steht für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Allen Menschen soll die Chance auf ein würdiges Leben und Teilhabe gegeben werden.

Der Sozialstaat tritt für die Daseinsvorsorge ein; das heißt, er sorgt dafür, dass wichtige Dienstleistungen wie zum Beispiel die Versorgung mit Wasser und Strom funktionieren und dass sich jede*r diese leisten kann. Der Sozialstaat schafft bessere Bildungs- und Aufstiegschancen und sichert den Lebensstandard über Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Seine Produktivität zeigt sich im Ausbau von Kitas bis Hochschulen sowie im Ausbilden qualifizierter Fachkräfte. Solidarität im Sozialstaat wird je nach Einkommen von allen finanziert. Dies geschieht durch das Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeprinzip. Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat und handelt nach dem sogenannten Sozialstaatsprinzip. Hierbei müssen Politik und Gesetze, Sicherheit und Gerechtigkeit fördern.

Wenn ein Staat die Sicherheit

der Bevölkerung fördert, stärkt dies auch die Wirtschaft. Es kommt zu Unternehmensgründungen und schafft Wachstum. In der jetzigen politischen Debatte wird immer wieder beklagt, der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar. Jedoch sind die Sozialabgaben im internationalen Vergleich nicht hoch. Gemäß dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) haben 2024 zum Beispiel Neuseeland, Irland und Polen die höchsten Sozialausgaben. Deutschland liegt nach den Berechnungen des IMK unter den 27 OECD-Ländern, mit einem Zuwachs von insgesamt 26 Prozent auf dem drittletzten Platz. Folglich explodieren bei uns nicht die Sozialausgaben. Wirtschaftsberater*innen sehen eher das Problem in der Verteilung der Ausgaben sowie im schlecht funktionierenden Controlling. Meinungsäußerungen, wie zum Beispiel Abschaffung des Sozialstaates, weil dann im Nachtwächterstaat jeder für sich selbst verantwortlich ist, erscheinen als inhuman und verantwortungslos. Die Folge wäre zum Beispiel keine staatliche, allgemeine Krankenversicherung und so weiter.

Dass der Sozialstaat aufgrund des demografischen Wandels, steigender Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich, Digitalisierung etc. vor großen Aufgaben steht, ist unstrittig.

60 Prozent der Erwerbsbevölkerung (gemäß Wirtschafts-



Sigrid Jahr

und Sozialwissenschaftlichem Institut), hält den Sozialstaat nur dann als weiter finanzierbar, wenn eine gerechte Umverteilung stattfindet.

Dies geschieht über Steuern und Sozialabgaben in folgender Form:

- progressive Einkommenssteuer: Wer mehr verdient, zahlt einen höheren Prozentsatz, was zu einer direkten Umverteilung führt
- Vermögenssteuer: Die Erhebung der Steuer auf sehr hohe Nettovermögen, um die Vermögenskonzentration zu verringern
- höhere Erbschaftssteuer für Großvermögen: Mit dem Ziel, die Weitergabe von externer Ungleichheit über Generationen hinweg zu begrenzen
- Reduzierung indirekter Steuern für Geringverdienende: Durch Reduzierung der Mehrwertsteuer werden ärmere Haushalte weniger belastet
- Kampf gegen Steuerflucht und internationale Mindeststeuer: Verhindert, dass multinationale Unternehmen etc. Steuern in Steueroasen umgehen, um sicherzustellen, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie entstehen.

Wird einer der oben genannten Vorschläge in Zukunft nicht realisiert, stellt sich immer wieder die Frage nach der Definition des Sozialstaates, dessen Ziel es sein sollte (Sozialstaatsprinzip), für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen. Der SoVD setzt sich jeden Tag für seine Mitglieder und Interessierte dafür ein. **Sigrid Jahr, Sozialjuristin in den SoVD-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Hessen**

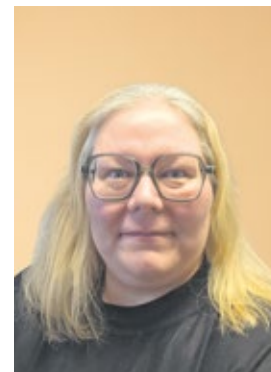


Personalien

Nadine Ruf ist seit dem 1. Februar Landesbevollmächtigte für die SoVD-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland. Nach dem Studium der internationalen Betriebswissenschaft hat sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Büroleiterin für hessische Landtagsabgeordnete sowie als Geschäftsführerin bei der AGAH (Arbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländerbeiräte und Landesausländerbeiräte Hessen) gearbeitet.

Auch ehrenamtlich war und ist sie engagiert im kommunalpolitischen Bereich, aktuell im Mieterbund und in der AWO Wiesbaden.

All ihre Kenntnisse und Erfahrungen wird Nadine Ruf jetzt in den SoVD einbringen, um die vorhandenen Strukturen in den beiden Landesverbänden zu stärken und auszubauen sowie die ehrenamtlich Aktiven in ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen.



Nadine Ruf

Die Aktion „Das sichere Haus“ informiert

Digitale Hilfsmittel für ältere Menschen

Menschen über 80 Jahre brauchen eine sichere Umgebung für einen selbstbestimmten Alltag. Ein Beitrag dazu sind konventionelle und digitale Hilfsmittel, die zum Beispiel Bewegungen erleichtern, Stürze verhindern und in Gefahrensituationen Alarm schlagen.

Die Aktion „Das sichere Haus“, Deutsches Kuratorium für Sicherheit in Heim und Freizeit e.V. (DSH) hat ihre Webseite jetzt um die Rubrik „(Smarte) Hilfsmittel“ erweitert. Ältere Menschen und ihre Angehörigen bekommen hier einen produktneutralen Überblick über klassische und digitale Alltags- und Mobilitätshilfen. Dazu zählen Seh- und Aufstieghilfen ebenso wie Haltegriffe, Treppenlifte, intelligente Beleuchtung und Sturzerkennung. Die DSH bietet praktische Tipps zu Kauf, Anwendung und Finanzierung.

Digitale Helfer im Alltag

Die Online-Beiträge ermutigen ältere Menschen, sich auch mit digitalen Hilfsmitteln vertraut zu machen. Vorgestellt werden zum Beispiel Bodenmatten als Sturzerkennungssystem oder Smartwatches mit Notruffunktion. Die Lesenden erfahren, wie die Technologien funktionieren, welche Varianten zu ihnen passen und worauf sie bei der Auswahl, beim Datenschutz und bei der alltäglichen Nutzung achten sollten.

Linksammlung zur Sturzprävention

Die DSH bietet online unter: <https://das-sichere-haus.de/> verschiedene Links zur Sturzprävention.

Außerdem gibt es auf ihrer Webseite kostenlose Broschüren unter: <https://das-sichere-haus.de/broschueren/sicher-alt-werden>.

Quelle: Das sichere Haus

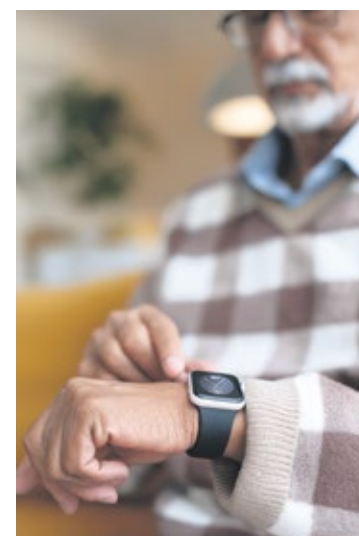


Foto: Curioso.Photography / Adobe Stock

Smartwatches mit Notruffunktion sind gerade für Ältere eine sinnvolle Anschaffung.



Foto: cherryyandbees / Adobe Stock

Durch Steuern finanziert der Staat zum Beispiel den Bau von Kitas, die es den Eltern ermöglichen, tagsüber arbeiten zu gehen.

Die AOK Hessen rät Patient*innen, den medizinischen Nutzen von individuellen Leistungen zu überprüfen

Nicht überrumpeln lassen mit IGeL-Angeboten

Ob beim Routinebesuch oder im Wartezimmergespräch: Vielen gesetzlich Versicherten werden in Arztpraxen sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) angeboten. Diese Untersuchungen oder Behandlungen müssen privat bezahlt werden – und versprechen oft zusätzliche Sicherheit. Doch der medizinische Nutzen mancher IGeL-Leistungen ist wissenschaftlich nicht belegt oder sogar fraglich.

Umso wichtiger ist es, sich nicht überrumpeln zu lassen. IGeL-Leistungen sind freiwillig. Niemand muss sofort zustimmen, niemand muss an Ort und Stelle unterschreiben. Ärzt*innen sind verpflichtet, transparent über Nutzen, Risiken und Kosten aufzuklären – und diese Informationen schriftlich festzuhalten. „Gesundheit ist kein Spontankauf an der Praxistheke“, betont Dr. Christoph Stein aus dem Me-

dizinischen Kompetenzzentrum der AOK Hessen. „Wer sich unter Druck gesetzt fühlt, sollte besonders skeptisch sein.“

Erst Leistung prüfen, dann entscheiden

Patient*innen haben das Recht, Unterlagen mitzunehmen und sich in Ruhe zu informieren. Sinnvolle Leitfragen sind: Was ist das Ziel der Untersuchung? Gibt es wissenschaftliche Belege für einen Nutzen? Welche Risiken oder Folgeuntersuchungen können entstehen? Und wie hoch sind die tatsächlichen Kosten? Eine wichtige Orientierung bietet der IGeL-Monitor. Dort werden Studien ausgewertet und IGeL-Leistungen unabhängig bewertet. Das Ergebnis ist oft ernüchternd: Viele häufig angebotene Leistungen bringen keinen nachweisbaren Vorteil – einige können sogar schaden. Stein betont aber auch: „IGeL-Leistungen sind nicht per se unseriös – sie können im Einzelfall sinnvoll sein, etwa bei besonderen Risiken oder individuellen Fragestellungen.

Entscheidend ist, dass Patient*innen nachvollziehen können, welchen Nutzen sie

erwarten dürfen und wo die Grenzen dieser Leistungen liegen.“

Zwei Beispiele mit klar negativer Bewertung

Hyaluronsäure-Spritzen bei Arthrose im Knie oder in der Hüfte werden vom IGeL-Monitor eindeutig negativ bewertet. Die Behandlung wird häufig als Aufbau- oder „Schmiermittel“ für das Gelenk beworben, doch wissenschaftliche Studien zeigen keinen relevanten, anhaltenden Nutzen gegenüber Placebo. Kurzfristige Effekte sind – wenn überhaupt – gering und klinisch kaum bedeutsam. Gleichzeitig bestehen Risiken wie Schmerzen, Entzündungen oder Infektionen im Gelenk, insbesondere bei wiederholten Injektionen. Für Patient*innen bedeutet das: hohe Eigenkosten bei fehlendem Beleg für eine nachhaltige Verbesserung der Arthrosebeschwerden.

Vorsicht beim Ultraschall der Eierstöcke

Ebenfalls negativ bewertet wird der Ultraschall der Eierstöcke bei beschwerdefreien Frauen. Eine hochwertige Studienübersicht von 2018 so-



Foto: illustrissima / Adobe Stock

Spritzen mit Hyaluron werden von Ärzt*innen als Behandlung bei Kniearthrose angeboten. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten aber nicht, da sie den Nutzen infrage stellen.

wie Langzeitergebnisse einer der wesentlichen Studien zu diesem Thema bestätigen die Ergebnisse vorangegangener Veröffentlichungen: Mit Ultraschalluntersuchung – auch in Kombination mit Tumormarkern – sterben gleich viele Frauen an Eierstockkrebs wie ohne Untersuchung.

Außerdem werden Frauen durch falsch positive Ergebnisse häufig unnötig beunruhigt – bei etwa drei von hundert Frauen werden gesunde, nicht krebserkrankte Eierstöcke entfernt. „Nicht alles, was technisch möglich ist, ist medizinisch sinnvoll“, betont Christoph Stein von der AOK Hessen.

IGeL – das sollten Patienten und Patientinnen wissen

- IGeL-Leistungen sind freiwillig und müssen nicht sofort entschieden werden.
 - Ärzt*innen müssen Nutzen, Risiken und Kosten verständlich und auf Wunsch schriftlich erklären.
 - Eine Bedenkzeit ist Ihr gutes Recht – Unterschrift niemals unter Druck.
 - Vorsicht bei Versprechen wie „mehr Sicherheit“ ohne klare Studienlage.
- Unabhängige Informationen bietet der IGeL-Monitor unter <https://www.igel-monitor.de/index.html>.

Quelle: AOK Hessen



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Kostenpflichtige medizinische Angebote sollte nicht unter Zeitdruck in der Sprechstunde ausgemacht werden.



Glückwünsche



Sprechstunden und Sozialberatung

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 6.3.: Volker Freitag, Offenbach; 7.3.: Vigo Führer, Homberg; 12.3.: Jana Diehl, Wetzlar; 16.3.: Michael Klein, Frankfurt; 19.3.: Claudia Kopp, Twistetal; 25.3.: Linda Masjosthusman, Gemünden; 27.3.: Daniela Luksova, Haina, und Birol Günerkan, Wiesbaden.

65 Jahre: 9.3.: Roger Podstatny, Frankfurt; 13.3.: Dieter Nolte, Wesertal; 15.3.: Ralf Zummach, Witzenhausen; 21.3.: Ursula Widder, Wiesbaden; 22.3.: Bernd Lenhardt, Dreieich; 27.3.: Ute Hagen, Immenhausen; 29.3.: Wolfgang Muth, Wetter.

70 Jahre: 31.3.: Wolfgang Schäfer, Nentershausen, und Jürgen Clemens, Allendorf.

75 Jahre: 3.3.: Karl-Heinz Walter Kentel, Bad Wildungen, und Peter Braun, Amöneburg; 30.3.: Ursula Badusche, Keltersbach, und Franz Seitz, Mainz-Kastel.

80 Jahre: 5.3.: Willi Sandrock, Nentershausen; 6.3.: Rosemarie Butterweck, Calden; 12.3.: Wilhelm Paul, Grünberg; 14.3.: Renate Golz, Frankfurt; 29.3.: Rolf Strack, Weimar.

85 Jahre: 18.3.: Wolfgang Hohenberger, Wesertal, und Rolf Warmuth, Hammersbach.

91 Jahre: 22.3.: Gerda Bergmann, Bad Wildungen.

93 Jahre: 14.3.: Wolfgang Hermfisse, Marburg.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Wir bitten Sie, sich bezüglich eines Beratungstermins telefonisch an folgende Telefonnummer zu wenden: 0611 / 85 108. Zu erreichen ist das Mitgliederservicetelefon zu folgenden Zeiten: montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 13 Uhr.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Susanne Namaschk, Bürozeiten: montags bis freitags 10 bis 15 Uhr, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landes-

geschäftsstelle, 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen
Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Calden

Kontakt über Irmgard Fohr, Tel.: 05674 / 65 67, oder per

E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Korbach

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Vernawahlshausen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Briefe an die Redaktion

„Kosten überprüfen lassen“

In dieser Rubrik veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich dabei um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Post an: SoVD, Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zu „Pflegeheime werden zu Investitionsobjekten“ und „Hilfe bei steigenden Kosten“, auf den Seiten 3 und 5 im Februar, meint Lothar Barendt aus Munkbrarup:

Solange unser Staat irgendwelchen Investoren im Bereich Pflegeheime oder auch Krankenhäuser nicht die Stirn bietet mit sozialen Errungenschaften, nur als Profitgeier zu fungieren, werden alle Kosten nur steigen, da diese nur an einer Gewinnmaximierung Interesse zeigen. Ich erwarte eigentlich, dass man anhand von Wirtschaftsweisen einmal überprüfen lassen sollte, ob es wirklich nur an den Personalkosten und den höheren Lebensmittelpreisen liegt, dass die Kosten immer höher ausfallen. Und ob es auch zumutbar ist, Instandhaltungskosten den Bewohnern aufzubürden. Und woraus ergeben sich Unterschiede zwischen den Bundesländern?

Viele beschäftigte auch noch das Januar-Titelthema, „Angst vor schlechter Versorgung“. Thomas Gödker aus Pattensen sieht hier politische Stagnation:

Meine Angst hinsichtlich der zukünftigen Pflege in Deutsch-



Foto: wavebreak3 / Adobe Stock
Leser*innen fragen sich: Warum genau steigen die Heimkosten?

land gilt hauptsächlich den Kostensteigerungen bei gleichzeitiger Leistungskürzung [...].

Mit Ausschreibung eines „Projektes“ mit dem Titel „Zukunftspakt Pflege“ in einem unternehmerischen Umfeld würde eine Gruppe von Projektverantwortlichen nach Diskussion und Abwägung von vielerlei Umständen zumindest zu einem Ergebnis kommen. [...]

Nicht so in politischen Gremien! Dort wird zwar diskutiert, vielleicht auch gestritten [...],

aber es gibt keine verwertbaren Ergebnisse für die Bürger, mit „vage aufgezählten Möglichkeiten“. Insofern pflichte ich Herrn Prof. Heinz Rothgang voll bei.

Die Frage „Wohin steuert unsere Demokratie?“, Titelthema der November-Ausgabe, machte Norbert Borgers aus Blomberg Sorgen:

Wenn meine Befürchtungen wahr werden, wird die AfD bei der nächsten Bundestagswahl über 35 % der Stimmen erreichen, danach werden wir schon nach kurzer Zeit unsere Republik nicht mehr wiedererkennen. Wir haben [...] eine gefährliche Mischung aus Gleichgültigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung und Tatenlosigkeit in der Politik, was womöglich geradewegs zur Machtergreifung der AfD führen wird.

Es ist nicht leicht für einen einfachen Wähler, sich Gehör zu verschaffen. Ich habe [einen] „Appell an die Vernunft“ [...] an unsere Bundestagsabgeordnete der Union geschickt. Ich bekam von ihr auch eine Antwort, dabei handelte es sich wie erwartet um einige wenig aussagekräftige Allgemeinplätze.

Freisprechungen im Berufsbildungswerk Stendal

Qualifizierte junge Frauen

Der Arbeitsmarkt bekommt wieder neue Fachkräfte: Beim Berufsbildungswerk (BBW) Stendal des SoVD gab es im Februar die ersten Abschlüsse in diesem Jahr. Im feierlichen Rahmen konnte Ausbildungsleiterin Nadine Strauß drei Absolventinnen freisprechen.

Cindy Schumacher absolvierte eine Ausbildung zur Fachpraktikerin für Bürokommunikation und nimmt bald eine Tätigkeit in der Verwaltung des elterlichen Unternehmens auf. Wegen sehr guter Leistungen konnte Caroline Berthel die Ausbildung zur Tierpflegerin für Heim- und Pensionstierpflege sogar verkürzen. Auch Marie Schünhoff schloss ihre Ausbildung erfolgreich ab. Beide haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Aussicht.

Durch Fleiß und Ausdauer überwand die jungen Frauen Hürden. Mit ihrer Freisprechung bestätigte ihnen das BBW Stendal, dass sie sich das Rüstzeug für ihre Zukunft angeeignet haben. Nun liegt es an ihnen, ihr Wissen im Berufsleben umzusetzen und ihre gesteckten Ziele und Träume zu verwirklichen. Am Erfolg hatte das Ausbildungsteam entscheidenden Anteil; dafür gab es herzlichen Dank.

Gratulieren konnten den drei freigesprochenen Berufseinsteigerinnen neben ihren Eltern, Freund*innen und Bekannten auch der Geschäftsführer des Berufsbildungswerkes, Rainer Erdmann, und Vertreter*innen der Prüfungskommission.



Cindy Schumacher (li.) bei der feierlichen Verleihung.



Fotos: Ute Krug / BBW Stendal
Auch Caroline Berthel und Marie Schünhoff erhielten Urkunden.

Anzeigen

Polnische Ostsee

2026 wird Ihr Jahr! Gönnen Sie sich eine Kur
Speziell für den SoVD mit Haustürabholung PLZ 0-5
Neu Mai und Oktober 2026 15 Tg. Kur in Marienbad
14Tg Kurreisen in Polen nach Swinemünde, Misdroy, Kolberg, Henkenhagen oder Dzwirzyno, Haustürabh. Ü/F/HP/ 20 Awend. ab **799,-**
14 Tage Kombi- Reise Mai oder Oktober 2026
1 Woche Masuren mit Ausflügen und 1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee, alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/HP, Ausflüge, Eintrittsgelder, Kur, p.p.im DZ. **1.399,-**
Geomedica Tours-49685 Emstek Justus-von-Liebig-Str. 2 04473-487 97 60 Katalog anfordern

Gesucht & Gefunden

Ich 79 suche Frau auch mollig aus Raum DH, BSB und OS für eine Freundschaft, Chiffre-Nr. 03-2026-01

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr
Auch zur Miete
Service bundesweit
Kurze Lieferzeiten
Sehr preiswert
Neu oder gebraucht
Rufen Sie uns kostenlos an **0800 - 234 56 55**
www.minova-lift.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse. 052 22 / 152 17 | fewobadsalzuflen@gmail.com

Bayerischer Wald

Urlaubshotel Binder
So muss Urlaub sein!
5 ÜN pro Person ab 385,- inkl. Halbpension PLUS
mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü
Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness
Urlaubshotel Binder, Alfred Binder
Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg
Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Südtirol

Angebote im April / Mai
Woche ab € 550,-/Person inklusive Halbpension
Südtirol Guest Pass = Seilbahnen & öffentlicher Nahverkehr kostenlos
bei Meran
Sonnegg
I-39010 Saltaus/ Passeiertal
Tel. + Fax 0039/0473/64 54 78
www.pension-sonnegg.com

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen
HP ab 68€
staatl. anerK. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten
Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.
Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de
landhotel@spessartruh.de

Reisetipp

Seniorenurlaub
Allgäu, Ostsee und Böhmisches Bäderdreieck
Fordern Sie noch heute unverbindlich den Katalog für Ihren Urlaub 2026 mit Hotels im Allgäu, an der Ostsee und neu im böhmischen Bäderdreieck an, z.B. inkl. HP, inkl. Hin- u. Rückfahrt im Kleinbus ab/zur Haustür, 7 Tage für nur 759,- €. Tel. 0 83 76 / 92 92 72
Seniorenflug Kellner GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sülzberg • www.seniorenflug.de

Nord-/ Ostsee

Büsum * FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. 0174/6 11 30 66**
Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hund willkommen freie Termine ab 85 € 0174/6882835
Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos. Dachterr. Badesees. Hauspr. 04835/1300, landhausamgrashof.de

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. 04834-9204, www.deichtraeume.de
Ostsee-Fewos von privat 2-4 Personen www.ostsee-erik-ruegen-zingst.de
NORDSEE: 2 NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprsp. 04846/291
BÜSUM, **-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € 04834/2611 • www.haus-corinna.de**
BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. 04834/8493

Schwarzwald

Nordschwarzwald, Fewo, 65qm, EG, Südterasse, WLAN, Imkereij, T. 07235/7289, www.bee-inn.de
Harz
Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV., Sep.-Eing., Ruh.lage, 2 Pers., ab 35,- €/Tag 05524/16 30

Tipp für Kinder

Die Stille im Bauch des Wals

Emmas Welt ist laut und hektisch. Sie träumt von einem stillen Ort ganz für sich allein. Als sie von einem Blauwal liest, dessen Herz so groß ist, dass ihr Papa darin stehen könnte, hat sie eine Idee: Sie baut ein Boot und sticht von ihrem Schlafzimmer aus in See.



Im Inneren des Wals findet Emma Ruhe. Doch plötzlich taucht ein Eindringling auf. Der Junge möchte mit Emma Zeit verbringen und Abenteuer erleben.

Wird Emma es schaffen, ihre Gefühle in Worte zu fassen? Und finden die beiden einen Weg, aufeinander zuzugehen? Das herzerwärmende Bilderbuch schildert nicht nur eine ungewöhnliche Freundschaft, die Geschichte hilft Kindern auch dabei, ihre eigene Stimme zu finden.

Xin Li: Die Stille im Bauch des Wals. Penguin Junior, 48 Seiten, ab 4 Jahren, ISBN: 978-3-328-30434-0, 16 Euro.

Möchtest du das hier vorgestellte Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ mit dem Betreff: „Die Stille im Bauch des Wals“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.

Voll durchgeblickt

Faszinierende Tiere des Meeres

Schon in der Bibel bekommt es der Prophet Jona mit einem Wal zu tun. Aber wusstest du, dass es in den Weltmeeren insgesamt über 90 verschiedene Walarten gibt? Bei diesem Rätsel dreht sich alles um die beeindruckenden Tiere. Wenn du die Buchstaben hinter den richtigen Antworten zusammensetzt, erhältst du das gesuchte Lösungswort – viel Erfolg!

1. Das größte Tier auf der Welt ist der...

- ... Rotwal. (R)
- ... Grünwal. (S)
- ... Blauwal. (B)

2. Wale gehören allgemein zur Gruppe der...

- ... Fische. (E)
- ... Säugetiere. (L)
- ... Fossilien. (I)

3. Was glaubst du: Wie lange kann ein Pottwal tauchen?

- Zwei Minuten. (L)
- Zehn Minuten. (G)
- Zwei Stunden. (A)

4. Eine bekannte Geschichte handelt von...

- ... Moby Dick. (U)
- ... Moby Duck. (O)
- ... Moby Duck. (B)

5. Die „Sprache“ von Walen bezeichnet man auch als...

- ... Geschrei. (R)



Foto: secretagentman/Adobe Stock

Beachtlich: Manche Walarten können meterhoch aus dem Wasser springen – und das trotz ihres hohen Körpergewichtes.

- ... Geblubber. (E)
- ... Gesang. (W)
- ... Panettone. (M)

6. Auf der Speisekarte mancher Wale steht...

- ... Plutonium. (G)
- ... Plankton. (A)

7. Hast du eine Idee, wie alt ein Grönlandwal werden kann?

- Bis zu 20 Jahre. (I)
- Bis zu 50 Jahre. (N)
- Bis zu 200 Jahre. (L)



MACH MIT BEI UNSERER GROSSEN MALAKTION!

WIR FREUEN UNS AUF DEINE BUNTEN IDEEN!

JETZT MALEN + GEWINNEN!

HAST DU DICH SCHON MAL GEFRAGT,...

... wie eine gerechte Welt aussieht? Eine Welt, in der alle dazugehören und freundlich miteinander umgehen?

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen fair behandelt werden. Egal, wie jemand aussieht, was er oder sie besonders gut kann, ob jemand jung oder alt ist oder vielleicht eine Behinderung hat.

Jeder Mensch ist wichtig – und du bist es ganz besonders! Gerecht ist es, wenn alle das bekommen, was sie brauchen, um glücklich zu sein. Wenn wir uns gegenseitig helfen, teilen und nett zueinander sind, wird die Welt für alle ein besserer Ort.

Und jetzt kommst du ins Spiel! Wie sieht deine gerechte Welt aus? Voller Freundschaft, bunter Vielfalt, Hilfsbereitschaft und Zusammenhalt?

Male, bastle oder gestalte ein Bild von einer Welt, in der alle dazugehören und fair behandelt werden! Die schönsten Bilder werden veröffentlicht – und mit etwas Glück gewinnst du unseren süßen Roland-Teddybären zum Kuscheln.

WIR FREUEN UNS AUF DEIN KUNSTWERK!

Teilnahmebedingungen:
Schicke dein Bild mit Angabe von deinem Alter und deinem Namen gern auch digital bis zum 15.4.2026 ein.
E-Mail: marketing@sovd.de oder an den Sozialverband Deutschland, Marketing, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Berufsbedingt feiert Schauspielerin Barbara Wussow meist auf dem Traumschiff

Zum Geburtstag ganz weit weg

Ihre Fernsehkarriere begann als Lernschwester Elke in der ZDF-Serie „Die Schwarzwaldklinik“. Als Hoteldirektorin Hanna Liebhold begleitet sie aktuell „Das Traumschiff“. Mehrmals schon beging die Österreicherin ihren Geburtstag daher auf hoher See. Am 28. März wird Barbara Wussow 65 Jahre alt.

Barbara Wussow stammt aus einer Schauspielfamilie. Dabei stand sie jedoch nie im Schatten ihrer Eltern Ida Krottendorf und Klausjürgen Wussow. Durch eigenes Talent und mit einem charmanten Lächeln eroberte sie sich schnell ihren eigenen Platz in der Fernsehlandschaft.

Seit 2018 ist Wussows Bühne auf einem Kreuzfahrtschiff – für sie der schönste Arbeitsplatz der Welt. Dafür, dass sie ihren Job trotzdem nicht mit Urlaub verwechselt, sorgt ein Wecker, der Barbara Wussow an Drehtagen um 5 Uhr aus dem Bett holt.



Foto: Dirk Bartling / ZDF

Barbara Wussow (li.) und Collien Fernandes besuchen mit dem „Traumschiff“ Island – zu sehen am 5. April um 20.15 Uhr im ZDF.

Schauspieler Friedrich Mücke mag es, auch mal leidenschaftlich zu streiten

„Mund halten“ ist keine Option

Größere Beachtung erlangte er mit der Komödie „Friendship!“. Auch wenn in seinem aktuellen Kinofilm „Extrawurst“ die Konflikte aus dem Ruder laufen, tritt der gebürtige Berliner überzeugt für seine Meinung ein. Am 12. März feiert Schauspieler Friedrich Mücke seinen 45. Geburtstag.

Friedrich Mücke bewies sich am Theater zunächst in klassischen Rollen, spielte in Stücken von Shakespeare, Ibsen oder Schiller. Zunehmend reizte den wandlungsfähigen Darsteller auch die Komödie. Kein Zufall also, dass Mücke damit derzeit im Kino große Erfolge feiert.

Wenn in „Extrawurst“ leidenschaftlich diskutiert wird, findet das der Schauspieler an sich in Ordnung. Friedrich Mücke lässt auch privat Streit zu. Dabei ist es ihm allerdings wichtig, dass Hass und Aggressionen nicht die Oberhand gewinnen.



Foto: Kirsten Nijhof / picture alliance / dpa

Mutig sein und Dinge ansprechen, die einen stören: Diese Haltung will Friedrich Mücke nicht zuletzt seinen Kindern vorleben.

Fotomodell Nadja Auermann ließ sich mit 49 Jahren katholisch taufen

Der Glaube prägt ihre Haltung

Rückblickend sagt sie, ihren Job habe sie eigentlich nur gemacht, weil sie besser Französisch lernen und mal im Ausland leben wollte. Erst spät führte sie ihr Weg vom Laufsteg hin zu Gott – das dann aber aus tiefer Überzeugung. Am 19. März feiert Nadja Auermann ihren 55. Geburtstag.

Weltweit war sie regelmäßig auf den Titelseiten bekannter Zeitschriften zu sehen und verhalf namhaften Modemarken zu mehr Bekanntheit. In den Bann zogen dabei nicht nur Nadja Auermanns eisblaue Augen: Als Mannequin mit den längsten Beinen stand sie sogar im Guinness-Buch der Rekorde.

Der Modewelt hat Auermann inzwischen weitestgehend den Rücken gekehrt. Die vierfache Mutter lebt heute in Dresden, wo sie nicht zuletzt durch ihre jüngste Tochter zur Kirche fand und sogar im Chor singt.



Foto: Felix Hörhager / picture alliance / dpa

Nadja Auermann (r.) gemeinsam mit ihrer Tochter Cosima, die als Supermodel in die Fußstapfen ihrer berühmten Mama tritt.



Buchtipp

Wenn die Kraniche nach Süden ziehen

Bo ist 89 Jahre alt. Ihm läuft die Zeit davon. Andererseits ist Zeit etwas, das er noch zur Genüge hat. Denn seit seine Frau in einem Pflegeheim für Demenzkranke lebt, sind Bos Tage viel zu lang. Sein Kontakt beschränkt sich auf seinen Hund Sixten und die täglichen Besuche vom Pflegedienst. Sein Sohn dagegen kommt nur selten vorbei und traut ihm kaum noch etwas zu. Als man Bo seinen geliebten Hund wegnehmen will, beginnt er damit, die Schlüsselmomente seines Lebens zu überdenken.

„Wenn die Kraniche nach Süden ziehen“ ist ein liebevoller Roman über das Älterwerden und über das, was im Leben wirklich zählt. Bos Geschichte bewegt und vermittelt Zuversicht.

Lisa Ridzén: Wenn die Kraniche nach Süden ziehen. Verlag btb, 384 Seiten, ISBN: 978-3-442-76296-5, 24 Euro.



Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Wenn die Kraniche nach Süden ziehen“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.



Denksport

Blumige Wortspiele



Foto: Nadzeya Pakhomava / Adobe Stock

Langsam, aber sicher zieht sich der Winter zurück. Und mit dem einsetzenden Tauwetter stecken die ersten Frühblüher ihre Köpfe aus dem Boden. Bei fünf bekannten Pflanzennamen haben wir die Buchstaben ein wenig durcheinandergebracht. Können Sie herausfinden, welche Blume sich hinter den Anagrammen verbirgt? Die Auflösung finden Sie wie immer auf Seite 18.

Filmtipp

Amrum

Amrum, Frühjahr 1945. Seehundjagd, Fischen bei Nacht, Schuf-ten auf dem Acker – nichts ist zu mühsam oder gefährlich für den zwölfjährigen Nanning, um seiner Mutter in den letzten Kriegs-tagten auf der Insel zu helfen, die Familie zu ernähren. Mit dem ersehnten Frieden kommen aber völlig neue Konflikte. Nanning muss lernen, seinen eigenen Weg zu finden.

Regisseur Fatih Akin erzählt die autobiografische Geschichte seines Freundes und Mentors Hark Bohm in einem Film über Familie und Neuanfang. In den Hauptrollen spielen Laura Tonke, Detlev Buck, Lisa Hagmeister, Lars Jes-sen und Jasper Billerbeck. In den Nebenrollen zu sehen sind Diane Kruger, Matthias Schweighöfer und, in einem letzten Auftritt, Hark Bohm.



Amrum. Warner Bros. Enter-tainment, 1 DVD/BluRay, ab 12 Jahren, Audiodeskription für Blinde sowie Untertitel für Hörgeschädigte, 12,99 Euro (DVD), 16,99 Euro (BluRay).

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Filmes gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Amrum“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Bitte geben Sie an, ob Sie eine DVD oder eine BluRay-Disc gewinnen wollen! Einsendeschluss ist der 15. März.

Variante: LEICHT

			2		8				○
5	2							6	8
					7	5			3
1	7	○		6	5	2			4
		6		4		8			
9		5	8	2				1	6
7		3	4						
4	9							8	2
			1	○	9				

Auflösung des Vormonats

3	4	2	9	8	1	5	7	6
8	5	6	2	7	3	1	4	9
1	7	9	5	4	6	2	8	3
9	3	5	7	1	2	8	6	4
2	1	4	6	9	8	3	5	7
7	6	8	3	5	4	9	1	2
5	2	3	8	6	7	4	9	1
6	8	1	4	3	9	7	2	5
4	9	7	1	2	5	6	3	8

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Auflösung des Vormonats

9	4	7	6	3	2	8	5	1
8	1	3	9	5	7	2	4	6
5	2	6	1	4	8	3	7	9
4	5	8	3	7	9	1	6	2
6	7	1	8	2	5	4	9	3
2	3	9	4	1	6	5	8	7
7	6	5	2	8	1	9	3	4
1	8	4	7	9	3	6	2	5
3	9	2	5	6	4	7	1	8

Variante: MITTEL

		4				6	2	9
		8	5		3			
1	6						3	○
3			7			2	4	
				9				
○	4	2			5			7
	1						7	3
			6		9	1		
7	8	5			○	9		

Möchten Sie einen weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.



Gibt's doch gar nicht, oder?

Nacktfotos in der Sauna

Darf man fremde Menschen in unbekleidetem Zustand fotografieren? In privaten Wohnungen sowie in öffentlichen Toiletten oder Umkleidekabinen ist das verboten. Wer dagegen andere nackt in der Sauna ablichtet oder filmt, muss bisher nicht mit Strafe rechnen.

Diese Schutzlücke ist un-glaublich: Zwar regelt der Pa-ragraph 201a im Strafgesetzbuch (StGB) die „Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbe-reiches“ durch Bildaufnahmen. Er definiert dafür jedoch die Grenze „besonders geschützter Räume“ – und zu diesen gehört eine öffentliche Sauna oder ein Spa bisher nicht.

Wollen Sie sich das Schwitzen deswegen nicht vermiesen lassen? Dann informieren Sie sich vorab, ob die jeweilige Ein-richtung selbst das Fotografe-ren in ihren Räumen verbietet. Dann wären Sie zumindest auf der sicheren Seite. Andernfalls nämlich hätte selbst die herbei-gerufene Polizei keine Handha-be und könnte auch nicht die Herausgabe der voyeuristischen Aufnahmen verlangen.



Foto: leszekglasner / Adobe Stock

Machen Männer heimlich Nacktaufnahmen, gelten sie als „Voyeur“. Wer kein Französisch kann, darf auch „widerlicher Spanner“ sagen.

Immerhin will Bundesjustiz-ministerin Stefanie Hubig (SPD) derartige Handlungen unter Strafe stellen. Unterstützung

bei dem stärkeren Schutz der Privatsphäre insbesondere von Frauen erhält Hubig dabei von mehreren Bundesländern.



Redensarten hinterfragt

Nix getroffen? Schwein gehabt!

Wenn jemandem etwas Gutes widerfährt, dann hat diese Person dem Volksmund zufolge „Schwein gehabt“. Wie aber kam es, dass man das Borstentier mit dem Glück in Verbindung brachte? Mit großer Wahrscheinlichkeit geht das auf den früher bei Schützenfesten üblichen Trostpreis zurück.

Viele Städte mussten sich im Mittelalter vor plündernden Banden schützen. Zu diesem Zweck gründete man vielerorts Schützenvereine, ähnlich einer Bürgerwehr. Deren Übungen fanden oftmals im Rahmen von Feierlichkeiten und Umzügen statt, zu denen das ganze Dorf zusammenkam.

Wer bei diesen Schützenfes-ten eine ruhige Hand bewies, konnte nicht nur an Ansehen gewinnen. Es winkten auch be-achtliche Preise. Der schlech-teste Schütze hingegen erhielt damals ein Ferkel, das er unter dem Gelächter und Spott der anderen nach Hause treiben musste. Ohne etwas getroffen zu haben, kam man somit also doch zu einer Belohnung, und die Leute sagten: „Der hat aber Schwein gehabt!“



Foto: Budimir Jevtic / Adobe Stock

Von einem Trostpreis für schlechte Schützen mauserten sich die ringelschwänzigen Paarhufer zu veritablen Glücksschweinen.

Mit der Zeit verselbststän-digte sich dieser ursprüngliche Trostpreis. Das Schwein wurde zu einem Glückstier, das uns vor

allem zum Jahreswechsel be-gleitet. Als Marzipanschwein-chen erfreut es sich gerade zu Neujahr großer Beliebtheit.



Des Rätsels Lösung

Blumige Wortspiele (Denksport, Seite 17)

Gar nicht leicht, oder? Hier nun die gesuchten Blumen:

- Schneeglöckchen (CHECK ENGELSCHÖN),
- Narzissen (ARSEN ZINS),
- Stiefmütterchen

- (MENÜ STREICHFETT),
- Hyazinthen (HATZI HENNY),
- Vergissmeinnicht (GESICHTSNERV MINI).



Mit spitzer Feder



Buchtipps

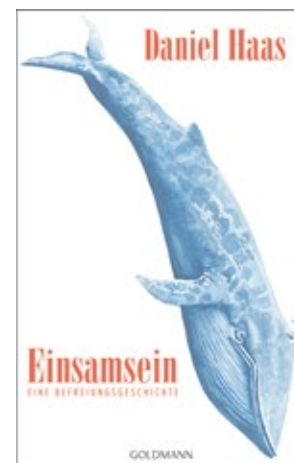
Einsamsein

Daniel Haas begibt sich auf die Suche nach dem Ursprung der Einsamkeit, die sich als Leitmotiv durch seine Familiengeschichte zieht. Er beschreibt, wie er sich durch Ängste, Selbstzweifel und Misstrauen zunächst immer wieder selbst isoliert, bis er schließlich begreift, worauf es ankommt: auf die Akzeptanz und das Wohlwollen anderen und dem Leben gegenüber.

Das Buch ist eine persönliche und poetische Suche nach den Ursprüngen der Einsamkeit. Am Ende steht ein Ausblick auf ein Leben, frei von den Fesseln des Einsamseins, hinter denen etwas Neues zum Vorschein kommt: Hoffnung auf Zugehörigkeit jenseits gesellschaftlicher Vorgaben und Zwänge.

Daniel Haas: Einsamsein. Goldmann, 224 Seiten, ISBN: 978-3-442-30233-8. 22 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie uns entweder mit dem Betreff „Einsamsein“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.



Trainings- geräte für Schwim- mer (engl.)	▼	infor- mierende Fachfrau	US-Gold- schatz- depot (Fort ...)	▼	Moders- fleisch	▼	großer Raum in Heilorten	Unterarm- knochen- fortsatz	▼	tropi- sche Frucht	südfz. Fallwind	▼	nord- amerik. Vieh- farm	Anmut, Liebreiz	schlan- genför- miger Fisch	sich behag- lich recken	▼	Rhein- zufluss bei Bingen	▼	Stadt- teil von New York	das Sehen betref- end	Holzblas- instru- ment	Schaf-, Ziegen- o. Kalb- leder	ein chem. Lösungs- mittel	Abk.: Trans- aktions- nummer
für bare Münze nehmen, glauben	▶			3						pasten- förmige Wimpern- tusche	▶							veraltet: Rechts- anwalt	▶						
alt- römische Silber- münze	▶						Ama- teurin	▶					Raben- vogel	▶					12	▶	spani- sche Insel				
in der Leistung ver- mindern	▶									Fußball- klub aus Gelsen- kirchen	▶						Hauptst. von Rheinl.- Pfalz			Bad am Taunus	▶			8	
schläft, lässig	▶				Ver- hältnis- wort		Stadt an der Bodden- landschaft	▶			5	Greif- vogel	▶		dt. Dichter (Ernst Moritz) † 1860		Funktions- leiste (EDV)	▶					Ausleg- ung, Deutung, Version		Platz eines Ver- brechens
	▶		Kurort in Grau- bünden (Schweiz)	▶						süddt.: Maul- wurfs- grille	▶	Queck- silber- legie- rung	▶					11		weidm.: fressen		Wasser- tiefen- messer	▶		
Honig- wein							dt. Dirigent (Rudolf) † 1976	▶	sportl. Fortbe- wegung zu Fuß						2		Kurzwort für ein Werkzeug	▶	Stadt im Sauer- land	▶					
Hptst. von Südkorea	▶											chinin- haltige Limo- nade		Berliner Ecken- steher		von Wasser umgebe- nes Land	▶					Halbton unter d		aroma- tisches Getränk	
inmitten	Frage- wort		Segel- leine		Berg- form	▶																			
	▶					4			Pracht- ent- faltung		Ent- wick- lungs- richtung	▶							Zeichen für Eisen		Kauf- manns- sprache: heute	▶			
anglo- amerik. Längen- maß	▶				Floß- schiebe- stange		Amt, Würde eines Priors	▶								aus e. weichen Metall gefertigt		früherer schweiz. Tennis- spieler	1						
Ehren- staffel b. Staats- besuchen		Brief- um- schlag			Pflan- zen- keim- zelle	▶				Jacht- hafen		Kreuz- spinne bei „Bie- ne Maja“		weib- liche Brust	▶						veraltet: ständig				10
	▶						Vorname Bruckners † 1896		durch																
ugs.: un- modern	▶				Deich- schleuse		ugs.: Beläs- tigung Wahlgefäß	▶							Stück für drei Instru- mente		dt. Schau- spielerin (Brigitte) † 2005	▶							
beschä- digt, verletzt	Reife- prüfung (Kurzw.)		Stinktler (engl.) Wurfbild (Kurzw.)	▶				7	Vorname d. Show- masters Thielke †		selten		Vorname des TV- Kochs Mäizer	▶											
	▶								Textil- betrieb	▶				9											
franz. Weich- käse	▶						zum Nenn- wert	▶						verwirrt	▶										
Staat in Süd- europa		6							argentin. Fußball- spieler (Diego) †	▶															

<

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. März einsenden an:
SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de.
Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse und Mitgliedsnummer anzugeben!

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS



BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR



Spar-Luchs Special

Erlebnisse, Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness im Harz

- 7 Tage / 6 Übernachtungen Vollpension Plus inkl. großes Frühstücksbuffet
- 6 Mittag- und Abendessen vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- Wohlfühl- und Erlebnispaket mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- 20% Rabatt auf Hotel-Wellness-Angebot und 10% Rabatt auf das Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- Wertgutschein Hotel-Shop
- Eintritt in das Luftfahrtmuseum in Wernigerode

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 20.12.26

Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw.
im DZ

600,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu
45%
Vorteil!

Sichern Sie
sich zusätzlich
10%
Extra-Rabatt
mit dem Code
RITTERSCHLAG

* auf alle Aufenthalte im Zeitraum 01.01. bis 22.12.26. Bei Direktbuchung mit dem Code „RITTERSCHLAG“ über die Online-Buchung auf unserer Website sowie per Telefon oder E-Mail. Aktion gültig bis 1. April 2026.

BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49(0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

BEZAHLT VON IHRER APOTHEKE

1. MÄRZ 2026 A

 **APOTHEKEN Umschau** Mit Gewinnspiel

JETZT
IN IHRER
APOTHEKE
VOR ORT



liebe ist...

...ja, was eigentlich?

Das Geheimnis einer glücklichen Beziehung

Heuschrecken
Der Klimawandel verändert die Pollenaison

Krafttraining
Fit bleiben! Muskeln stärken in den Wechseljahren

Herzgesundheit
Warum es sich auch für junge Menschen lohnt, den Puls zu messen

Forschung
Künstliche Intelligenz erkennt Krankheiten an unserer Stimme

Wissen, wie Liebe bleibt

Wie Paare ein Leben lang Verbundenheit bewahren.

70
JAHRE

APOTHEKEN Umschau
Gesundheit hat einen Ort.





01.03. IST PULSE DAY

Senken Sie Ihr Risiko für unbemerkte Herzrhythmusstörungen und messen Sie ganz einfach und regelmäßig Ihren Puls.

Eine Initiative der Herzstiftung
www.herzstiftung.de/pulseday


Deutsche Herzstiftung

Ihre Helfer in der Häuslichen Pflege

Die zuzahlungsfreien Pflegehilfsmittel von meinPflegeset



Hier Antrag anfordern



1

Unterlagen telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite downloaden

2

Antrag **ausfüllen** und an uns zurück senden – wir kümmern uns um den Rest

3

Pflegeset **zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.





Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de



Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)



Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner
Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

kundenservice@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



8 Tage p.P. ab

€ 847,-

KURdirekt

Getränke zu den Mahlzeiten inklusive!

Erholung an der polnischen Ostsee

OSTSEE

Swinemünde

POLEN

Das Kurbad Swinemünde an der Ostsee verzaubert mit seinem breiten, weißen Sandstrand und historischen Strandvillen.

Ihre Hotels: 5+ Hotel Hamilton

Lage: Das Hotel Hamilton liegt im ruhigen Kurviertel von Swinemünde. Nur etwa 150 m trennen Sie vom schönen Ostseestrand und ca. 400 m vom Zentrum des Kurbads.

Zimmer/Ausstattung: Die modernen 270 Zimmer sind mit Dusche/WC, Föhn, Leihbademantel, Sat.-TV, Telefon, kostenfreiem Internetzugang (WLAN), Klimaanlage, Minibar, Safe und überwiegend Balkon ausgestattet.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Im modernen Kur- und Wellnessbereich können Sie das Schwimmbad, drei Whirlpools mit Aromatherapie und die Saunalandschaft frei nutzen. Darüber hinaus werden Ihnen wohltuende Kur-Anwendungen angeboten. Für gelungene Abwechslung sorgen die wöchentlichen Tanzabende im Hotel.

5+ Hotel Hamilton

Zimmerbeispiel, 5+ Hotel Hamilton

Wellnessbereich, 5+ Hotel Hamilton

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice*1
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 5+ Hotel Hamilton
- ✓ 7/14/21x Halbpension
- ✓ Getränke zu den Mahlzeiten (wie beschrieben)
- ✓ 1x Begrüßungsgetränk
- ✓ 2 Kur-Anwendungen pro Werktag*2 (Mo-Fr) nach physiotherapeutischer Beratung, davon 1x klassische Teilmassage pro Aufenthalt
- ✓ Kostenfreie Nutzung von Sauna, Schwimmbad, Whirlpool und Fitnessraum (außerhalb der Therapiezeiten)
- ✓ Leihbademantel
- ✓ 1x Tanzabend pro Woche
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

TERMINE & PREISE 2026 p.P. im DZ

Anreise: samstags	8 Tage / 7 Nächte	Verl.-Woche
A 31.10.; 07.11.*3	€ 847,-	€ 599,-
B 11.04.; 18.04.	€ 997,-	€ 749,-
C 25.04.; 02.05.; 09.05.; 16.05. 10.10.; 17.10.; 24.10.	€ 1.047,-	€ 799,-
D 23.05.; 30.05.; 06.06. 26.09.; 03.10.	€ 1.147,-	€ 899,-
E 13.06.*3; 20.06.*3 12.09.; 19.09.	€ 1.197,-	€ 949,-

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

- › Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche pro Zimmer Saison A-B: € 280,-
- pro Zimmer Saison C-E: € 350,-

Hinweise:

- *1 Gültig für Zone 1 (PLZ 01-19; 39; 89-99). Zone 2 Aufpreis: € 50,- p.P.; Zone 3 Aufpreis: € 150,- p.P.
- *2 An polnischen Feiertagen entfallen die Kur-Anwendungen ersatzlos.
- *3 Letzte Rückreise: 27.06.2026 & 14.11.2026
- › Kurtaxe ist zahlbar vor Ort (ca. € 1,60 p.P./Tag).
- › Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- › Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- › Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Weitere Termine für 2026 finden Sie in unserem neuen Katalog 2026 - jetzt kostenlos anfordern!

8 Tage p.P. ab

€ 1.177,-*1

statt € 1.277,-

REISEKÖNIG

Freuen Sie sich zudem auf viele neue Touren 2026!

Jetzt buchen & Frühbucher-Ermäßigung sichern!*

Flusskreuzfahrt „Donauklassiker“

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ CELINA und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren*2
- ✓ Kofferservice zwischen Anlegestelle und Kabine bei Ein- und Ausschiffung

TERMINE & PREISE 2026 p.P.

in 2-Bett-Kabine	2-Bett Hauptdeck (HX)	2-Bett Mitteldeck (MX)	2-Bett Oberdeck (OX)
Abfahrtstermine: montags			
A 23.03.26*3; 30.03.26 26.10.26	€ 1.177,- statt € 1.277,-	€ 1.507,- statt € 1.607,-	€ 1.807,- statt € 1.907,-
B 06.04.26; 13.04.26 05.10.26; 12.10.26; 19.10.26*3	€ 1.277,- statt € 1.377,-	€ 1.627,- statt € 1.727,-	€ 1.927,- statt € 2.027,-
C 04.05.26 06.07.26 27.07.26*3; 03.08.26; 10.08.26; 17.08.26; 24.08.26 28.09.26*3	€ 1.377,- statt € 1.477,-	€ 1.727,- statt € 1.827,-	€ 2.077,- statt € 2.177,-
D 11.05.26*3 01.06.26; 08.06.26 29.06.26	€ 1.477,- statt € 1.577,-	€ 1.777,- statt € 1.877,-	€ 2.177,- statt € 2.277,-

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- › Aufpreis Abendlicher Spaziergang in Passau*4 (nur vorab buchbar): € 39,-
- › Aufpreis Ausflugspaket (Stadtrundfahrt/-gang Wien, Budapest, Bratislava & Ausflüge Linz, Benediktinerstift Melk): € 199,-
- › Aufpreis Getränkepaket: € 224,-
- › Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung: 30%-90%
- › Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.

Hinweise:

- *1 Bei Buchung bis zum 20.03.2026 erhalten Sie bis zu € 100,- Frühbucher-Ermäßigung auf Ihre Reise (Ermäßigung bereits im Streichpreis berücksichtigt).
- *2 Ausgenommen ggfs. anfallende regionale Passagiergebühren und kommunale Abgaben.
- *3 Single-Spezial: Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung um 50% reduziert (begrenztes Kontingent).
- *4 Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen
- › Routenänderungen vorbehalten.
- › Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- › Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Kabinenbeispiel, 4++ CELINA

Panorama-Salon, 4++ CELINA

Reisecode: SOVD

Ihre Reiseroute

☎ Beratung & Buchung:

0800 - 228 42 66

gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

🖱 Online buchbar direkt unter:

www.kurdirekt.de

📺 Folgen Sie uns auch auf Facebook und Instagram!

☎ Beratung & Buchung:

0800 - 55 66 700

gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

@

info@reise-koenig.de

Steuertipps

So einfach war Ihre Steuererklärung noch nie!

Nur für SoVD-Mitglieder

10%

Gutschein-Code:
Sozial2026

Gültig bis 31.3.2026!



Mit der bewährten Qualität der **SteuerSparErklärung**. Ob im **Browser** oder als **Download**, wählen Sie Ihr passendes Produkt und starten Sie direkt mit Ihrer Steuererklärung 2025.

SteuerSparErklärung

Für das Steuerjahr 2025

Online

Wolters Kluwer | Steuertipps

Im Browser



SteuerSparErklärung

Für das Steuerjahr 2025

Edition Flex
3 Abgaben

Jetzt mit Steuer-KI Alma

Wolters Kluwer | Steuertipps

Als Download



Jetzt bestellen: Steuertipps.de/Sozial2026
und im Warenkorb den Gutscheincode eingeben.

Wechseln Sie zum E-Paper!

> schneller bei Ihnen als im Postversand

> enthält alle Landesbeilagen

> für Tablets und Smartphones

> schont die Umwelt

Der kürzeste Weg geht über das Smartphone. Dazu einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Den nun erscheinenden Link tippen Sie an. Wenn auf Ihrem Gerät noch kein Scanner installiert ist, finden Sie diesen im AppStore oder bei Google Play. Sie können sich auch direkt über die Website ummelden: www.sovd.de/e-paper

Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Jedes 5. Mitglied liest bereits digital

Scan mich!





Was zählt für die Rente?

Im Alter erhalten Frauen durchschnittlich rund 25 Prozent weniger Rente als Männer. Trotzdem bietet gerade die gesetzliche Rente Vorteile. Hierzu gehören etwa

- die Anrechnung der Erziehungszeit für Kinder,
- der Erwerb von Rentenansprüchen bei der Pflege von Angehörigen,
- die hälftige Teilung erworbener Rentenansprüche im Fall einer Scheidung (Versorgungsausgleich)
- oder auch die Absicherung im Todesfall durch eine Witwenrente.

Details sowie Forderungen und Positionen des SoVD finden Sie im Internet unter: www.die-bessere-rente.de.

Im März machen drei Aktionstage auf die Benachteiligung von Frauen aufmerksam

Monat im Zeichen der Gleichstellung

In diesen Wochen machen gleich mehrere Tage auf die weiterhin bestehende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen aufmerksam. Auf den „Tag der gleichen Bezahlung“ (Equal Pay Day) folgt der „Tag der gerechten Aufteilung von Sorgearbeit“ (Equal Care Day) sowie natürlich der traditionsreiche Internationale Frauentag. Auch der SoVD meldet sich bei diesen Anlässen lautstark zu Wort.



Foto: 1STunningART / Adobe Stock

Seit Jahren schon nehmen der SoVD und andere Verbände den Equal Pay Day (EPD) zum Anlass, auf das Thema Entgeltgleichheit hinzuweisen. Denn laut Statistischem Bundesamt gibt es in Deutschland zwischen den Geschlechtern noch immer eine Lohnlücke von 16 Prozent. Rechnete man diesen Wert in Tage um, dann müssten Frauen dieses Jahr bis zum 27. Februar weiterarbeiten, um auf das gleiche Gehalt zu kommen, das Männer in den zwölf Monaten des Vorjahres verdient haben.

SoVD zeigt sich am Berliner Hauptbahnhof

Unter dem Motto „Mehr Fairness bei der Bezahlung. Die Lohnlücke muss schneller geschlossen werden“ präsentierte sich der SoVD daher zum EPD im Berliner Hauptbahnhof. Dort diskutierte die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier mit prominenten Politiker*innen und Gewerkschafter*innen.

Bereits kurz darauf, nämlich am 1. März, macht zudem der Equal Care Day erneut auf die mangelnde Wertschätzung von Fürsorgearbeit aufmerksam. Dieser Tag erinnert an den geringen Stellenwert, den entsprechende Tätigkeiten in unserer Gesellschaft leider noch immer haben. Denn Haushalt, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder ehrenamtliches Engagement – all das ist weiterhin vor allem Frauensache: Allein innerhalb einer einzigen Woche leisten Frauen hier einen ganzen Vollzeitarbeitstag mehr unbezahlte Arbeit als Männer.

Protest „aus Tradition“ zum Internationalen Frauentag

Auch nach über 100 Jahren nicht an Bedeutung verloren hat auch der Internationale Frauentag. Dieser entstand im Kampf um die Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen. Mit Blick auf weiterhin bestehende Ungerechtigkeiten finden am 8. März zahlreiche Aktionen und Demonstrationen statt. *jos*

Details zu Veranstaltungen des SoVD finden Sie online unter www.sovd.de/gleichstellungsmonat.

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Vorstand: Michaela Engelmeier, Sandra Fehlborg. Der SoVD ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Vereinsregisternummer VR 20029 B.

Redaktion: Veronica Sina (Redaktionsleitung, verantw./veo), Joachim Schöne (Stellv./jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Druckvorstufe), Nancy Gühne (Redaktionsassistentin). E-Mail: redaktion@sovde.de.

Werbung: Veröffentlichte Anzeigen oder enthaltene Werbebeilagen stellen keine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen dar.

Gewinnspiele: Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist an eine Mitgliedschaft im SoVD gebunden. Zur Teilnahme an Verlosungen oder Gewinnspielen sind ausschließlich SoVD-Mitglieder berechtigt; Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle sind davon ausgeschlossen. Anspruch auf einen Gewinn besteht nicht.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen,

Telefon: 07243 / 53 90 123 oder 0176 / 47 12 98 86 (mobil), E-Mail: sovde@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage wurde von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.

(IVW) geprüft. Sie betrug im 4. Quartal 2025 insgesamt 354.252 Exemplare. Zudem erhielten die vorliegende Ausgabe nach Verlagsangabe 87.268 Personen als E-Paper.

Datenschutz: Der SoVD verarbeitet personenbezogene Daten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen oder erteilter Einwilligungen. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

